

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Hans Herold

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Annette Karl

Abg. Albert Duin

Abg. Jürgen Baumgärtner

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Stephanie Schuhknecht

Abg. Gerd Mannes

Abg. Florian Ritter

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Josef Seidl

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Hubert Aiwanger

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Christoph Skutella

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 07

**für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft,
Landesentwicklung und Energie**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1386, 18/1396),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der
Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/1400 mit 18/1405),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 18/1102 mit 18/1117),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/1397
mit 18/1399),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/1416 mit 18/1429),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/1279 mit 18/1287),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/1165, 18/1166)

Die Gesamtredezeit beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat eine Stunde und 31 Minuten. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 20 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 8 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können 4 Minuten reden.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass vonseiten der SPD-Fraktion zu zwei Änderungsanträgen namentliche Abstimmung beantragt wurde. Auf

Wunsch der AfD-Fraktion soll über drei Änderungsanträge der Fraktion in einfacher Form abgestimmt werden.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Hans Herold von der CSU-Fraktion.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz schwacher Präsenz sage ich: Die wichtigen Leute sind anwesend, bei einem wichtigen Thema, nämlich beim Einzelplan 07: Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

(Tobias Reiß (CSU): Die Besten sind da!)

– Die Besten sind da, ganz genau. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestern hat der Kultusminister bei der Beratung des Einzelplans 05 wichtige Aussagen gemacht. Unter anderem hat er darauf hingewiesen: Bayern ist das Land des Mittelstandes, und Bayern ist das Land der Innovation. Ich ergänze: Bayern ist Chancenland für unsere Bürgerinnen und Bürger. Aufgrund der guten Wirtschaftspolitik, die seit vielen Jahrzehnten von der Bayerischen Staatsregierung gemacht wird, sind wir in einer sehr guten Situation. Ich sage auch: Eine gute Wirtschaftspolitik ist auch eine sehr gute Sozialpolitik, die dazu beiträgt, eine hohe Lebensqualität für unsere Menschen zu schaffen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Stichworte Freiheit und Eigentum: Unser ehemaliger Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, der Erfinder der sozialen Marktwirtschaft, hat mit seinem Konzept nicht eine "Staatswirtschaft" gemeint, er hat auch nicht "Enteignungen" gemeint, sondern er hat "soziale Marktwirtschaft" gemeint. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Er hat auch gesagt: "Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, denken wir an die gestrigen Beratungen der Einzelpläne, zum Beispiel des Einzelplans 05 – Unterricht und Kultus –: Wir sind nur deshalb in der Lage, jährlich 13,5 Milliarden Euro für die junge Generation in die Hand zu nehmen, weil uns das die so gute Wirtschaftssituation ermöglicht. Deswegen richtet sich von meiner Seite ein herzliches Dankeschön an unsere fleißigen Bürgerinnen und Bürger, aber auch an unsere Unternehmerinnen und Unternehmer im Freistaat Bayern für ihre gute und wichtige Arbeit. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen alle: Bayern gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Europas.

(Tobias Reiß (CSU): Weltweit!)

Bayern genießt als Hochtechnologiestandort weltweit – ich betone: weltweit, lieber Tobias – einen hervorragenden Ruf. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist eines der höchsten weltweit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz wichtig ist: Die Beschäftigungsdynamik in Bayern übertrifft diejenige aller anderen deutschen Bundesländer. Das sage ich ganz bewusst. Ich komme aus einem Raum mit besonderem Handlungsbedarf, einer strukturschwachen Region. Aber wir haben eine Arbeitslosenquote in Höhe von nur 1,8 %, das heißt, wir haben Vollbeschäftigung. Noch wichtiger für mich ist: Wir haben eine äußerst geringe Jugendarbeitslosenquote. Das ist auch ganz wichtig, gerade für die Zukunftsfähigkeit unserer jungen Generation.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 07 – Wirtschaft – ist für den Staatshaushalt so wichtig wie das Herz für den Menschen. Er hat mit circa 1,2 Milliarden Euro pro Jahr ein vergleichsweise kleines Volumen. Aber – das ist der entscheidende Punkt – er entfaltet mit seinen

Förderprogrammen eine große Wirkung. In der Wirtschaftspolitik geht es nicht immer um aufwendige Dauerförderungen, sondern um gezielte Impulse. Sie gehen zum Beispiel von Clustern aus, die Unternehmen, Hochschulen und auch Forschungseinrichtungen vernetzen. Deswegen wird die Clusterförderung fortgesetzt. Wir haben hierfür pro Jahr Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 16 Millionen Euro vorgesehen.

Ich möchte ganz kurz ein paar Schwerpunkte ansprechen. Die Schwerpunkte im Einzelplan 07 bilden die Wirtschafts- und auch die Standortförderung, der Energiebereich sowie wirtschaftsnahe Forschung und Entwicklung.

Einen ganz wichtigen Punkt halten auch wir als CSU-Fraktion für ganz entscheidend: dass wir den Meisterbonus von 1.500 Euro auf 2.000 Euro erhöhen werden. Ich sage gerade in diesem Zusammenhang auch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir als CSU, wir als Regierungskoalition stehen zu unserem dualen Ausbildungssystem und zur beruflichen Bildung. Nicht immer ist unbedingt ein Studium erforderlich, um sich beruflich weiterzuentwickeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch ein paar Schwerpunkte aus diesem Doppelhaushalt ansprechen, zum Beispiel den Digitalbonus. Für beide Jahre wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 40 Millionen Euro zur Fortsetzung des Programmes eingestellt. Für die Luft- und Raumfahrt haben wir entsprechende Mittel vorgesehen. Wichtig ist für uns auch die sogenannte Demonstrationsanlage zur Biotechnologie. Zur Errichtung einer Mehrzweck-Demonstrationsanlage der industriellen Biotechnologie in Straubing ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von über 40 Millionen Euro eingestellt. Das ist eine ganz wichtige Entscheidung.

Zum Thema künstliche Intelligenz: Zur Unterstützung der Entwicklung von KI sind in diesem wichtigen Doppelhaushalt Mittel in Höhe von 15 Millionen Euro und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 48,5 Millionen Euro für Projekte bei der Fraunhofer-Gesellschaft vorgesehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist für uns auch das Thema Wirtschaftsagentur Bayern. Die Ausgaben zur Förderung der Außenwirtschaft und des Standortmarketings werden im kommenden Doppelhaushalt auf jährlich 19,7 Millionen Euro erhöht, insbesondere im Zusammenhang mit der Eingliederung von Bayern International in die Wirtschaftsagentur Bayern im Zuge einer Neustrukturierung.

Mir persönlich, aber auch meiner Fraktion ist das Thema digitale Gründerzentren äußerst wichtig. Sie wissen alle, dass schon in der Ära von Horst Seehofer die digitalen Gründerzentren angeschafft oder auf den Weg gebracht wurden. Ich finde es richtig, dass wir hier weiter fortfahren. Zur Förderung von Gründerzentren im Bereich der Digitalisierung werden die Mittel im Jahr 2019 auf 26,9 Millionen Euro und im Jahr 2020 auf 27,3 Millionen Euro erhöht.

Ganz entscheidend gerade für den ländlichen Raum ist die Zukunftsinitiative Mobilfunk. Wie Sie alle wissen, ist das Förderprogramm zum 1. Dezember 2018 gestartet. Für den Ausbau des Mobilfunks sind insgesamt 30 Millionen Euro sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 40 Millionen Euro vorgesehen.

Ebenfalls eine wichtige Angelegenheit für uns, auch für den ländlichen Raum, ist die weitere Tourismusförderung. Die beschlossene Tourismusförderung wird gemäß den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag fortgeführt. Hierfür werden die einschlägigen Ausgabeansätze auf rund 83,3 Millionen Euro – ich betone extra: 83,3 Millionen Euro – pro Jahr erhöht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU-Fraktion hat sich im Rahmen der Haushaltsberatungen für eine weitere Förderung des Mittelstandes stark gemacht. Bayerische Unternehmen müssen sich im Wettbewerb durch hoch qualifizierte Fachkräfte und eine hohe Produktqualität absetzen. Kleinere Betriebe verfügen häufig nicht über interne Weiterbildungsmöglichkeiten und kämpfen mit dem Fachkräftemangel. Darum unterstützen wir ein Kompetenzzentrum in Würzburg, das bei der Qualität einen Wissenstransfer in die betriebliche Praxis ermöglicht. Für dieses Zentrum stellen wir

2 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist gut angelegtes Geld, das zusätzliche Bundesmittel nach Bayern und nach Franken zieht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen links von der CSU, erlauben Sie mir zum Schluss eine persönliche Empfehlung: Besuchen Sie einmal das wunderbare Ludwig Erhard Zentrum im mittelfränkischen Fürth. Dort werden nicht nur 2,5 Millionen Euro pro Jahr gut angelegt, sondern dort kann man auch erfahren, was soziale Marktwirtschaft bedeutet. Sowohl die Enteignung von Wohnraum als auch die Kollektivierung von BMW sind der wirtschaftlich falsche Weg. – In diesem Sinne bedanke ich mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Fuchs vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Auf der Seite des Wirtschaftsministeriums ist zu lesen, dass der Mittelstand das Fundament der Wirtschaft im Freistaat und Garant für Wohlstand und zukunftsfähige Arbeits- und Ausbildungsplätze ist. Darauf sind wir mit Recht richtig stolz. Das können wir auch sein. Was unternimmt aber die Bayerische Staatsregierung, um diesen Mittelstand weiter zu erhalten und zu fördern? – Von den Förderprogrammen des Wirtschaftsministeriums profitieren hauptsächlich die großen Unternehmen und Projektträger. Bei den kleinen und mittleren Unternehmen kommt zu wenig an. Zudem zeigen die großen Haushaltsreste, dass die Förderprogramme nicht zielführend sind.

Ich nenne als Beispiel den Digitalbonus. Er soll genau diesen Unternehmen eine Starthilfe für die Digitalisierung geben. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? – Die Zeitfenster für die Anträge sind sehr begrenzt. Die Bearbeitung dauert ewig. Und dann folgt häufig genug eine Absage. Insgesamt brauchen die kleinen und mittleren Unternehmen einen Abbau bürokratischer Hürden. Mittelstandsfreundliche und unbürokratische Förderung sieht anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zum Fachkräftemangel: Viele Firmen leiden unter der restriktiven Abschiebep Praxis der Bayerischen Staatsregierung. Gut integrierte und motivierte Flüchtlinge werden aus ihren Ausbildungsstätten gerissen. Außerdem erhalten viele Geflüchtete keine Arbeits- und Ausbildungsgenehmigung, obwohl sie in den Betrieben dringend benötigt werden. Da frage ich Sie, ob das so gewünscht sein kann. – Nein, sage ich. Unsere mittelständischen Betriebe müssen die dringend notwendigen Arbeitskräfte finden, ausbilden und einstellen können. Wir GRÜNEN fordern schnellere Arbeits- und Ausbildungsgenehmigungen einschließlich ausbildungsbegleitender Hilfen. Das wäre den Menschen und den Betrieben eine gute Hilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einen traurigen Wirtschaftsrekord Bayerns können wir nicht gutheißen: Bayern hält im Ländervergleich mit 4,8 Milliarden Euro im Jahr 2018 die Spitze bei den Rüstungsexporten. Das sind 40 % des Bundesanteils. Die Waffenlieferungen gehen vor allem nach Saudi-Arabien und in die anderen Länder der von Krisen gebeutelten Golfregion.

Viele Unternehmen, vor allem im Umfeld von Energie, Verkehr, Klima und Umwelt, stehen vor großen Herausforderungen zur Veränderung ihrer Produkte und der Entwicklung neuer Technologien. Auch die bayerische Automobilindustrie muss aufwachen, damit ihre 400.000 Arbeitsplätze gesichert bleiben. Unsere Wirtschaftspolitik muss Leitplanken setzen und den Unternehmen Planungssicherheit und größtmöglichen Rückhalt geben. Dabei muss sie aber klare und eindeutige Regeln aufstellen und deren Einhaltung einfordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wirtschaftspolitik ist auch Frauenpolitik. Wieso, werden Sie sich fragen. – Am 18. März 2019 war der Equal Pay Day. Der Equal Pension Day ist erst am 4. Au-

gust 2019. Das ist die Eintrittskarte in die Altersarmut für Frauen am Ende ihres Berufslebens. Das können wir nicht akzeptieren. Das geht gar nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier könnte die Staatsregierung eingreifen und bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen die gleiche Bezahlung von Mann und Frau bedingend voraussetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich noch eines sagen: Die Wirtschaft erwartet von uns ein Handeln ohne parteipolitisches Korsett und ideologische Polemik. Die Vermischung von Machtpolitik und Geltungsbedürfnis, wie wir sie unter dem Deckmantel eines Dringlichkeitsantrags zu vermeintlichen Wirtschaftsthemen gehört haben, schadet unserer Wirtschaft und unserer Glaubwürdigkeit als Abgeordnete dieses Hohen Hauses. Die Wirtschaftspolitik muss nachhaltig, ökologisch, sozial gerecht und vor allem sachlich sein. Alles andere versteht kein Mensch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr stellvertretender Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute gleich zu Beginn über den Einzelplan des Wirtschaftsministeriums zu beraten. Das gibt mir Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass wir Haushalte nicht nur von der Ausgabenseite, sondern auch von der Einnahmenseite her denken müssen. Warum können wir uns in Bayern so viel leisten? – Das ist deswegen der Fall, weil wir ein weit überdurchschnittliches Steueraufkommen haben. Daher gilt an dieser Stelle mein Dank all denjenigen, die hier in Bayern Steuern zahlen, den Unternehmern, Arbeitnehmern, den Steuerzahlern insgesamt. Sie leisten ihren Beitrag dazu, dass Bayern so dasteht, wie es dasteht. Wir stehen in vielen Bereichen in Deutschland unangefochten an der Spitze.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Position müssen wir auch stabilisieren. Sie ist nicht vom Himmel gefallen. Deswegen müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, damit das auch weiterhin so bleibt. Ich bin sehr froh darüber, dass wir mit Hubert Aiwanger einen Mann an der Spitze haben, der Themen anpackt, die andere nicht anpacken. Er hat die Zukunft im Blick und führt nicht die Diskussionen der Vergangenheit. Er steht mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Marktwirtschaft und ergeht sich nicht in Gesellschaftsutopien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein zweiter Punkt muss an dieser Stelle angesprochen werden: Der Wirtschaftsminister ist es, der sich vor die Schlüsselindustrie in Bayern stellt, vor die Automobilindustrie. Ich sage an die Adresse all derer, die unsere Autoindustrie schlechtreden und ihr Vorschriften machen wollen: Lasst doch einfach die Fachleute ran. Unser Wirtschaftsminister ist derjenige, der sehr energisch anmahnt, dass wir in Bayern nicht den Weg von Nordrhein-Westfalen gehen dürfen. Ich unterstreiche das ausdrücklich, weil ich weiß, aus welcher Situation Nordrhein-Westfalen kommt und wo es jetzt steht. Das darf in Bayern nicht passieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben hier in Bayern etwas, worauf wir sehr stolz sein dürfen. Das verkörpert gerade die Spitze dieses Hauses: flexibles Denken, flexibles schnelles Handeln!

Ich will an einem Beispiel deutlich machen, wie schnell Politik, wenn sie gefordert ist, zumindest hier in Bayern reagieren kann. Im November letzten Jahres war Alexander Gundling, der Geschäftsführer von Carbon Composites aus Augsburg bei mir, um mir eine Karbonstrategie für Luft- und Raumfahrt vorzustellen. Er hat um einen Termin im Wirtschaftsministerium gebeten. Ich habe diesen Termin organisiert. Kollege Fabian Mehring war mit dabei. Wir haben für ein neues Projekt "Karbonstrategie für die Luft-

und Raumfahrt" gekämpft. Es ging um 20 Millionen Euro. Das Geld war im Haushalt zunächst einmal nicht vorhanden. Wir haben als Fraktion einen Antrag gestellt, für den Einstieg in dieses Programm eine Million Euro im Haushalt bereitzustellen. Dafür gab es im Haushaltsausschuss – ich bin den Oppositionsfraktionen, die dafür gestimmt haben, sehr dankbar – eine breite Mehrheit. Als es jetzt Schwierigkeiten bei Premium AEROTEC gab, hat das Wirtschaftsministerium, hat der Wirtschaftsminister sehr schnell reagiert. Er hat am vergangenen Montag gemeinsam mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten verkündet: Ja, wir machen diese Karbonstrategie! Wir investieren 20 Millionen Euro in die Zukunft Bayerns.

Ich sage jetzt auch ganz deutlich: Es muss nicht immer in München sein. Es kann in München sein, wenn es passt, aber es kann auch in Augsburg, kann auch anderswo sein. Das ist sicherlich auch etwas, was diese Regierung im Gegensatz zu früheren Regierungen auszeichnet: dass sie gleichwertige Lebensverhältnisse, dass sie ganz Bayern im Blick hat und nicht nur die Region München.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Flexibilität heißt auch, dass man sich zum Beispiel im Bereich der Automobilindustrie nicht auf einen Antrieb, aufs Elektroauto, verengt und sagt, Diesel und konventionelle Treibstoffe seien ein Werk des Teufels. – Nein, wir müssen verschiedene Wege gehen. Wir müssen der Wirtschaft Ziele vorgeben und sagen, diese Ziele hätten wir gern erreicht. Könnt ihr das? Dann müssen wir im Dialog mit der Wirtschaft die Zukunft gestalten. Wir dürfen aber nicht sagen, das Elektroauto bilden wir uns jetzt wie ein trotziges Kind ein, es muss nur das Elektroauto sein und darf gar nichts anderes sein. – Am Ende sind es die Chinesen, die die Elektroautos produzieren, und wir sind der Importeur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU sowie Abgeordneten der AfD)

Aber das Wirtschaftsministerium hat ja nicht nur Industriepolitik im Auge. – Frau Kollegin Fuchs, Sie haben gesagt, der Mittelstand werde nicht gefördert. Das kann ich aber

ganz und gar nicht erkennen. Gerade beim Thema gleichwertige Lebensverhältnisse – ich sage Ihnen das jetzt einfach mal exemplarisch – hat das Wirtschaftsministerium, hat dieser Wirtschaftsminister ein Dorfwirtschaftsprogramm aufgelegt. Das ist mit Sicherheit nicht für irgendwelche Konzerne gedacht, sondern für den kleinen Unternehmer vor Ort, für jenen mit zwei, drei, vier oder fünf Mitarbeitern. Da können Sie sicher nicht von Großindustriepolitik sprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind das, was wir FREIE WÄHLER uns, seit wir im Bayerischen Landtag sind – und auch schon vorher –, auf die Fahnen geschrieben haben. Wir glauben, dass da der Schlüssel zum Erfolg liegt.

Schauen Sie doch mal: Wir diskutieren – das werden wir zu einem späteren Zeitpunkt noch tun, wenn wir den Etat des Bauministeriums beraten – über explodierende Mieten in München und über den Verkehrsinfarkt. Wie kann man das am besten lösen? – Indem man attraktive Anreize schafft, auf dass sich die Menschen in ganz Bayern ansiedeln. Ganz Bayern ist schön, nicht nur die Metropolregionen. Das wissen wir. Aber Schönheit allein reicht nicht. Wir brauchen Arbeitsplätze. Wir brauchen attraktive Wohnmöglichkeiten. Diesem Ziel ist diese Regierung verpflichtet. Daran arbeitet diese Regierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Staatsminister ist für Landesentwicklung zuständig. Er hat, sehr ehrgeizig, auch das Thema Flächenverbrauch auf seine Agenda gesetzt. Es ist wahr, wir müssen uns deutlich gegen Flächenverschwendung zur Wehr setzen. Ich sage aber auch: Es ist gut, dass wir hier von Richtgrößen und nicht von Verpflichtungen reden. Denn die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse kann durchaus auch mal im Widerspruch zum Flächenverbrauch stehen. Bayern hatte in den letzten zehn Jahren einen Einwohnerzuwachs von einer Million Menschen. Diese Menschen müssen irgendwo hin. Da brauchen wir auch Konzepte für den Wohnungsbau. Ich habe mit dem Kollegen Hart-

mann vor einem Jahr eine interessante und engagierte Diskussion zu diesem Thema geführt.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Ja, wir haben unterschiedliche Ausgangspositionen. Und doch kann ich sagen, dass wir bei etwa einem Drittel der konkreten Handlungsfelder Übereinstimmung erzielt haben. Ich denke, es geht, wenn man will. Man kann Lösungen finden, aber man sollte sich davon verabschieden, feste Vorgaben zu machen. Die festen Vorgaben haben einfach das Problem, dass wir nicht wissen, wie viele Menschen zu uns kommen. Bei Bevölkerungsstillstand haben wir natürlich weniger Flächenverbrauch. Wenn die Wirtschaft zurückgeht, werden wir weniger Fläche verbrauchen, als wenn die Wirtschaft boomt und alles nach oben geht. Das – ich sage es noch mal – muss man auch mit dem Ziel "Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern" vereinbaren können. Das ist die große Überschrift, weil wir damit ganz viele Dinge auf einen Schlag erreichen können. Wir können damit hier in Bayern auch eine umweltverträgliche, gute und gesunde Lebensweise schaffen, zum Beispiel dann, wenn das Ziel erreicht wird, dass Leben und Arbeiten wieder enger zusammenkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe Bayern gut aufgestellt, möchte aber ganz zum Schluss doch noch ein Signal nach Berlin senden. Ein Wirtschaftsstandort ist auch davon abhängig, dass eine vernünftige Steuerpolitik gemacht wird.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Da habe ich leider meine Zweifel. – In Deutschland werden Jahr für Jahr Steuerrekorde erwirtschaftet. Wenn Sie in einem Betrieb arbeiten, der Jahr für Jahr Rekordgewinne ausweist, was werden Sie von Ihrem Arbeitgeber fordern? – Natürlich, Bonuszahlungen, ist doch klar! Sie wollen irgendeine Gegenleistung dafür haben, dass Sie so fleißig sind. Aber wie ist es beim Steuerzahler? – Der Steuerzahler kriegt jedes Jahr, obwohl er immer mehr leistet, durch die kalte Progression nur eine immer noch höhere Steuerbelastung. Das kann es nicht sein. Der Soli muss weg. Die kalte Progression

muss weg. Wir brauchen eine faire Steuerpolitik für die Menschen, die Leistung erbringen. Das ist das Signal nach Berlin. Berlin sollte sich doch einmal das eine oder andere von unserer Wirtschaftspolitik in Bayern anschauen. Wir stehen hinter diesem Haushalt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit!

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist ein Haushalt der Zukunft. Das ist ein guter Haushalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Als Fachpolitiker, der seit Jahrzehnten in der Tourismus- und Gastgewerbebranche tätig ist, werde ich mich natürlich dieses Fachgebiets annehmen.

Grundsätzlich ist es ja so, – –

(Lachen bei den GRÜNEN)

– Das ist nicht zum Lachen, Wirtschaft ist wichtig.

(Zuruf: Bravo!)

Also, grundsätzlich wäre uns damit geholfen, wenn es statt Förderprogrammen überall faire Wettbewerbsbedingungen gäbe. Förderprogramme sind dazu da, Symptome zu bekämpfen. Hier geht es um Glaubwürdigkeit in der Politik. Ich erinnere an die heutige Meldung vom Europäischen Gerichtshof, Arbeitszeitaufzeichnungen seien jetzt so

wichtig, Arbeitszeiten müssten wirklich eingehalten werden. In der Gastronomiebranche sind laut Erhebung des DWIF-Institutes 100.000 Euro Umsatz bei 50 % der Betriebe, die eine Gaststättenzulassung haben, die Normalität. Wenn Sie sich das vor Augen führen, heißt das, dass die Unternehmer selbst und ständig arbeiten und sie dann selber noch mit elektronischen Arbeitszeitaufzeichnungsgeräten sozusagen die Arbeitszeit aufzeichnen oder wahrscheinlich die der Frau oder von mehreren 450-Euro-Angestellten. Das ist doch lächerlich. Das ist Bürokratie! Genau diese Bürokratie ist das, was die Betriebe stört, worunter sie ächzen.

Dann gibt es natürlich Politiker wie unseren Ministerpräsidenten, der im Wahlkampf ein 30-Millionen-Euro-Förderprogramm verspricht. Am 22.04. sagte er, es wird 2018 sein, es wird nicht in den nächsten Jahren sein, sondern es wird 2018 sein. – Wo war es denn?

Es wurden dann Ausreden gebraucht: Der Landesrechnungshof hätte hier Bedenken angemeldet. Wenn die Staatsbürokratie aber ein Jahr braucht, um ein solches Förderprogramm auf die Füße zu stellen und es dann um die Hälfte weniger ist, als seinerzeit versprochen wurde, dann sage ich: Wahlkampfgetöse. Es muss jedoch Glaubwürdigkeit vorhanden sein. Viele Betriebe glauben nicht mehr daran, vor allem, wenn sie den Bürokratieaufwand sehen.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie waren auch bei dem GastroFrühling am 29.04.2019. Dort wurden Sie auf Finanzkontrollen, Finanzämter etc. angesprochen; die Präsidentin hat das ganz klar angesprochen. – Sehr geehrter Herr Füracker, es wäre besser, wenn sich die Finanzämter mehr als Dienstleister für den Bürger und nicht nur als Kontrolleure verstünden. Die Unternehmer haben Angst, wenn die Steuerprüfung ins Haus steht. Das kann es nicht sein. Wir müssen mehr mit den Bürgern anstatt gegen die Bürger arbeiten.

(Beifall bei der AfD)

Sehr verehrte Damen und Herren, es ist natürlich nicht so, dass ich nur alles beklagen will, sondern ich hätte auch konkrete Vorschläge. Wenn wir das Geschäft in der Gastronomie beflügeln wollen, dann denken wir an die Schulverpflegung. Die Schulverpflegung muss einen regionalen Bezug bekommen, sie muss eine regionale Komponente beinhalten, und es darf nicht sein, dass wie am Gymnasium in Waldkraiburg das Mittagessen aus der Steiermark geliefert wird. Das muss unterbunden werden.

Wir brauchen von der IHK eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für alle öffentlich geförderten Veranstaltungsstätten, weil das Steuergelder sind, die hier eingesetzt wurden und die in der Konkurrenz bei den privatwirtschaftlich betriebenen Gaststätten abgehen. Wir brauchen die Arbeitszeitflexibilisierung. – Das sind Punkte, bei denen wir die Weichen für die Zukunft stellen müssen. Ansonsten geht die Wirtschaft im Dorf immer mehr den Bach herunter, und wenn die Wirtschaft stirbt, stirbt das Dorf.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Aufgrund der kurzen Redezeit kann ich leider nur einige Schlaglichter auf diesen Haushalt werfen. Das Thema Energie wird dann der Kollege Ritter bearbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die aktuelle Steuerschätzung zeigt: Bayern und der bayerischen Wirtschaft geht es gut. Das ist ein Verdienst der fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und guter Unternehmer, und das gilt sowohl für die Industrie als auch für die kleinen und mittleren Unternehmen, die das Rückgrat im ländlichen Raum sind.

Blicken wir auf ganz Deutschland, sehen wir aber, dass dunkle Wolken aufziehen. Die Wachstumskurven zeigen langsam nach unten. Damit stellen sich auch für Bayern Herausforderungen; denn Bayern liegt nicht auf einer Insel der Seligkeit. Das haben auch die Reden des ehemaligen und aktuellen Präsidenten der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft – vbw – letzte Woche deutlich gemacht; es ging um die Herausfor-

derungen Energie, Digitalisierung und Fachkräftemangel. Der Freistaat Bayern ist hier gefordert, gute Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit, aber vor allen Dingen auch für die Zukunftsfähigkeit zu schaffen.

Ministerpräsident Söder hat bei der gleichen Veranstaltung schöne Worte gefunden. Er sprach davon: Wir stehen für die Förderung des innovativen Mittelstands. Wir brauchen ein Konzept der digitalen Transformationsbegleitung. – Keiner weiß, was das ist, es klingt aber gut. – Wir sind Partner für die kleinen und mittleren Unternehmen – soweit Söder.

(Alexander König (CSU): Aber es ist richtig, oder?)

Wie immer aber: Nach den plakativen Worten des Ministerpräsidenten folgt dann die Realität. Schaut man sich den Haushalt an, sieht man: einmal am Wirtschaftsministerium vorbeigerutscht, und von Zukunftsfähigkeit ist nichts mehr übrig.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Das müssen Sie jetzt aber näher begründen!)

Retrostyle mag ein vernünftiges Konzept für Kleider oder Möbel sein, nicht aber für ein Ministerium. Ich nenne als Beispiel den Digitalbonus. Dieses Förderprogramm ist überaus erfolgreich, weil es niederschwellig ist, bürokratiearm für kleine Betriebe. Es gab und gibt eine riesige Nachfrage. Was macht die Staatsregierung daraus? Unterstützt sie etwa und stockt den Haushalt auf? – Nein, mitnichten. Bereits 2008 wurde eine Kontingentierung eingeführt. Nach dem Windhundprinzip können nur ein paar Anträge pro Monat genehmigt werden. Spätestens am Achten eines jeden Monats war das Kontingent ausgeschöpft. Damit wurde der Bedarf künstlich reduziert und viele Unternehmen gingen leer aus.

Was passiert 2019? Wie viel steht im Haushalt für den Digitalbonus? Sage und schreibe 0 Euro! Begründung: Wir haben so viel Geld aus 2018 übrig. – Leute, so geht es

nicht! So macht man die Digitalisierung gerade der kleinen Unternehmen und der Handwerksbetriebe kaputt.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern deshalb die sofortige Aufhebung der Kontingentierung und die Annahme der entsprechenden Anträge von SPD und FDP.

Ein zweites Beispiel ist Premium AEROTEC. Ein kleiner Infoblock für Sie, Herr Kollege Pohl: Es geht vor allen Dingen um eine konsistente Luft- und Raumfahrtstrategie, wobei die Karbonstrategie nur ein Bestandteil davon ist.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Waren Sie dabei? – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Wir hören Ihre schönen Ankündigungen vom Montag. – Im Haushalt steht nichts drin. Wir sind gespannt, wie es bei dem Thema weitergeht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Natürlich steht was drin! Sie haben sogar zugestimmt!)

Wir kommen zum zweiten Zukunftsthema "Telefonie und schnelles Internet", sowohl mobil als auch stationär in ganz Bayern, und zwar auch an der berühmten Milchkanne – meine Zeitanzeige ist ausgefallen –, denn Landwirte arbeiten mittlerweile GPS-gesteuert, und die Felder der Landwirte liegen naturgemäß auf dem Lande und nicht am Stachus in München. Die SPD hat dazu zwei Anträge gestellt. Sie greift damit alte Forderungen der FREIEN WÄHLER auf: zum einen eine Erhöhung der Mittel beim Mobilfunk und zum anderen eine Verlagerung der Zuständigkeit auf den Freistaat. Es geht nicht, dass alle Dinge, die Ärger machen, immer auf die Kommunen abgewälzt werden. Hier muss der Freistaat organisierend und strategisch eingreifen.

(Beifall bei der SPD)

Beim zweiten Antrag geht es um das Thema "Schnelles Internet in Zügen" – die Menschen arbeiten mobil –; auch das ist ein Baustein für die digitale Zukunft.

(Zurufe)

Lassen Sie mich noch kurz einen Satz zum Landesentwicklungsprogramm sagen. Das Landesentwicklungsprogramm ist mitnichten nur eine Ansammlung von Zielen und Grundsätzen, sondern es soll eine Zukunftsvision für Bayern und der Weg dorthin sein. Deshalb ist es wichtig, dass die Bürger in die Entwicklung eines besseren, eines neuen LEP eingebunden werden, und deshalb fordern wir regionale Zukunftskonferenzen mit den Bürgern, um die Herausforderungen mit einzuarbeiten.

Zusammengefasst: Mit diesem Haushalt fahren Sie die digitale Zukunft an die Wand. Da ist es dann auch wurscht, ob Sie das in einer Rakete oder in einer Pferdekutsche tun.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Bleiben Sie bitte am Pult, Frau Karl. – Der Kollege Pohl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Karl, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass es einen Änderungsantrag unserer Fraktion zur Karbonstrategie über eine Million Euro gibt. Dem hat Ihre Fraktion im Übrigen auch zugestimmt. Die Fraktion der GRÜNEN konnte sich noch nicht dazu durchringen, weil sie den ökologischen Fußabdruck von Karbon bezweifelt hat.

Das Konzept beinhaltet 20 Millionen Euro auf fünf Jahre, und diese Million Euro reicht für 2019. Das ist abgestimmt mit dem Geschäftsführer Alexander Gundling. Sie können sich gerne darüber informieren. Ich vermittele gerne einen Gesprächstermin. Aber bitte erzählen Sie nicht, dass die Gelder nicht im Haushalt sind. Die Dinge sind eins zu eins so abgebildet, wie es erforderlich und notwendig ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Annette Karl (SPD): Herr Kollege Pohl, ich kann es gerne noch einmal sagen: Es geht eben nicht nur um eine Karbonstrategie, es geht um eine Luft- und Raumfahrtstrategie insgesamt für Bayern. Das ist eine Leitindustrie in Bayern, und wir müssen uns auch hier um die Zukunft kümmern.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das tun wir!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Albert Duin von der FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer im Plenum! Die aktuelle Situation: Bayerns Wirtschaft steht gut da. Es läuft hervorragend, wenn nur die Politik nicht wäre. Frau Karl, Sie haben schon gesagt, es zögen dunkle Wolken auf. Aber die dunklen Wolken, die aufziehen, verursachen wir selber.

Zunächst einmal zu den äußeren Gefahren, für die wir nicht viel können: Das ist zum Beispiel der Brexit. Es ist allerdings eine Katastrophe, dass so viele Leute sensationslüstern darauf warten, dass etwas passiert. Dabei ist das ein Schaden speziell für Deutschland, speziell für Bayern, weil sich dann auch die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament verändern. Dann ist da die aggressive Politik von Trump. Gut, wir hoffen, dass dort irgendwann einmal Vernunft einzieht. Hausgemacht ist das Abwürgen der deutschen Wirtschaft durch immer höhere Anforderungen. Der ifo Geschäftsklimaindex zeigt seit Monaten an, dass sich die aktuelle Stimmung und die Zuversicht in den kommenden Monaten immer weiter eintrüben.

(Zuruf von der SPD: Sie verwechseln Konjunktur und Struktur, Herr Kollege!)

– Die Konjunktur wird von der Struktur bestimmt, oder nicht? Entschuldigung, ich glaube, die wirtschaftskompetenten Parteien sitzen eher in der Mitte und rechts als auf der linken Seite. Aber dazu kommen wir noch.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Bayerns muss auch in Zukunft gesichert sein. Ich kann nur davor warnen, sich jetzt zurückzulehnen. Ein einfaches Weiter-so reicht nicht; denn die größten Fehler macht man dann, wenn es einem zu gut geht. Wir müssen den Fokus wieder verstärkt auf das Erwirtschaften richten, nicht auf das Verteilen. Die Reihenfolge muss klar sein: Erst kommt das Erwirtschaften, dann das Verteilen, nicht umgekehrt, wie es die GRÜNEN und die SPD gerne hätten.

Aktuell läuft es in Bayern jedoch anders. Die Haushaltsberatungen haben gezeigt, dass alle Parteien mit Ausnahme der FDP munter dabei sind, Geld auszugeben, ohne gegenzufinanzieren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das stimmt nicht!)

Das ist keine seriöse Politik. Zusätzlich wird noch unsere Schlüsselindustrie laufend schlechtgeredet. Unsere Automobilindustrie wird schlechtgeredet. Wenn man etwas schlechtredet, man nicht mehr an sich selber glaubt, dann ist alles vorbei.

Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat zu Recht moniert, dass die Bayerische Staatsregierung den Fokus zu stark auf Wohltaten legt. Wir als Anhänger der sozialen Marktwirtschaft fordern, dass der Staat nur für die Rahmensetzung zuständig sein soll. Das bedeutet, dass der Staat sich aus privatwirtschaftlichen Entscheidungen heraushalten und stabile Rahmenbedingungen schaffen soll.

Entscheidend für unseren Erfolg ist der Mittelstand. Über 80 % aller Arbeitnehmer arbeiten in mittelständischen Betrieben. Sie sind das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft, schaffen Arbeitsplätze und sichern unseren Wohlstand. Ich empfehle daher, dass wir uns weniger mit anderen Bundesländern als vielmehr mit der Welt vergleichen. Wir wollen an der Spitze stehen. Österreich macht uns gerade vor, wie kluge Wirtschafts- und Steuerpolitik aussieht.

Unsere konkreten Forderungen: Wir müssen unsere ganze Kraft in eine aktive und aktivierende Wirtschaftspolitik setzen. Das bedeutet ganz konkret: Ein Thema, das uns ab sofort beschäftigen wird, so wie es die Zuwanderungskrise 2015 getan hat, wird die Energiepolitik sein. Wir haben noch überhaupt keine Antworten. Wir handeln, als ob wir alleine auf der Welt wären. Ohne Sinn und Verstand folgen wir einem ideologischen Wahnsinn, und es scheint sich keiner mehr zu trauen, diesem Irrsinn zu widersprechen.

Ich bin im Rahmen der Energiedialoge des Wirtschaftsministeriums aktiv und treffe alle Gruppierungen, von den Versorgern mit alternativer Energie über die Umweltschutzverbände bis hin zu den Wirtschaftsverbänden. Es ist ganz klar: Da kommen 36 Leute zusammen, und wir haben mindestens 38 verschiedene Meinungen, wie man das Ganze regeln kann. So kann es nicht weitergehen. Im Jahre 2023 fehlen uns 40 Terawattstunden an elektrischer Energie. Das ist ungefähr die Hälfte des ganzen Verbrauchs. Wir müssen das Problem lösen. Also: Gehen wir in uns. Wir müssen vielleicht auf Gaskraftwerke setzen, um vorübergehend für alle Fälle eine sichere Energieversorgung zu haben. Anders geht es nicht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist die Politik der Staatsregierung!)

In dieser Hinsicht gehe ich mit Herrn Kollegen Aiwanger einher. Das ist so, und das weiß ich. Aber wir müssen uns trauen, das zu sagen. Das ist das Wichtigste.

Dann haben wir weitere Schwerpunkte. Die ganze Infrastruktur – Schienen, Straßen, Datennetzversorgung – hinkt hinterher. Herr Aiwanger hat selbst zugegeben, dass es in 900 von 2.056 bayerischen Gemeinden Netzlücken gibt. Das bedeutet, in 44 % aller Gemeinden gibt es keinen Mobilfunk. Das darf nicht sein. Allein diese Zahl belegt in aller Deutlichkeit Versäumnisse der Landesregierung auf dem Gebiet der Digitalisierung.

Wie haben es unsere Eltern und Großeltern geschafft, diese ganzen Strukturen aufzubauen, während wir nicht einmal in der Lage sind, diese zu erhalten und weiterzuent-

wickeln? Das kann doch wohl nicht wahr sein. Da kommt ein Problem auf uns zu, über das noch kein Mensch hier gesprochen oder jemals nachgedacht hat.

(Beifall bei der FDP)

Das ist deswegen der Fall, weil es unter der Erde liegt. Die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung stammen zum Großteil aus den Sechzigerjahren, und sie zerbröseln. Nur weil wir darauf herumtrampeln und sie nicht sehen, interessiert uns das nicht? Wir haben eine Nitratverseuchung in den Städten, weil das Grundwasser dort verseuchter als auf dem Land ist, wo die Bauern immer gegängelt werden. Das kann doch nicht sein. Darum sollten wir uns einmal kümmern. Auch bei der Trinkwasserversorgung versickert ein Großteil des Wassers durch kaputte Rohre im Grund. Wer zahlt es? Die Bürger, weil sie die Versorgung bezahlen müssen. Auch das kann nicht richtig sein.

Jetzt zum Mittelstand: Gerade beim Mindestlohn und beim Arbeitsschutz nimmt die Bürokratie mittlerweile groteske Züge an, was uns gerade durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs bestätigt wurde. Nahezu alle Dokumentationspflichten zeigen den Menschen, wie sehr ihnen die Politik misstraut. Aber wir erwarten von den Menschen, dass sie *uns* vertrauen. Das kann doch nicht sein. Geht es noch? Wir müssen daher Dokumentationspflichten einschränken, teilweise einfach abschaffen, Aufbewahrungsfristen verkürzen, Arbeitsstättenverordnungen entrümpeln. Wir müssen endlich die Ladenöffnungszeiten flexibilisieren. Wir haben dazu bereits einen Gesetzentwurf eingebracht.

(Beifall bei der FDP)

Ein Betreiber eines Geschäftes zahlt Miete für 168 Stunden in der Woche, darf aber nicht einmal die Hälfte dieser Zeit den Laden offen halten. Wenn sich aber ein Einzelhändler – das passiert im Moment – einen Automaten vor die Tür stellt, zum Beispiel ein Metzger, dann kann ich dort jeden Tag einkaufen. Der Metzger füllt samstags und

sonntags immer wieder diesen Automaten auf. Das geht. Das passt doch in der heutigen Zeit nicht mehr zusammen.

Auch bei den Steuern müssen wir dringend handeln. Die Menschen werden von Jahr zu Jahr stärker belastet, obwohl das Steueraufkommen einen Rekord nach dem anderen verzeichnet. Es wird Zeit für Steuerentlastungen.

Nun zu den Anträgen meiner Fraktion. Ich beziehe mich zunächst auf den Digitalbonus, was dankenswerterweise schon von Frau Karl vorgetragen worden ist. Wir möchten selbstverständlich, dass sich wieder etwas im Haushalt befindet. Wir wissen schließlich aus dem Petitionsausschuss, wie viele von diesen Anträgen nicht bearbeitet worden sind und 16 Monate liegen geblieben sind. Dann gibt es kein Geld mehr, und dann ist es vorbei. Das kann einfach nicht sein. Da muss eine deutliche Summe eingestellt werden. Wir haben 20 Millionen Euro gefordert.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Duin, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit. Es kommt noch eine Zwischenbemerkung.

Albert Duin (FDP): Es geht noch um die Zuschüsse für die Gaststätten auf dem flachen Land. Da müssen wir handeln. Wir kaufen uns mehr Bürokratie mit Geld. Wir geben Geld, erwarten dafür aber immer mehr Bürokratie.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

Albert Duin (FDP): Bürokratie muss abgebaut werden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen einen schönen Tag.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Sie können am Rednerpult stehen bleiben, Herr Duin. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Jürgen Baumgärtner von der CSU-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Herr Kollege, Sie haben ganz plakativ die Staatsregierung bei der Frage der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung angegriffen und uns mitgeteilt, die Staatsregierung sei dafür verantwortlich. Ich frage Sie: Wer ist denn für Wasser und Abwasser verantwortlich?

Albert Duin (FDP): Eigentlich natürlich die Kommunen.

(Jürgen Baumgärtner (CSU): Herzlichen Glückwunsch!)

Das ist doch klar. Moment, Moment, wir finanzieren über Land immer mit. Wir finanzieren bei den Straßen und beim öffentlichen Nahverkehr mit. Alles finanzieren wir mit, auch das.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Baumgärtner (CSU))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Wir sprechen heute über den Einzelplan 07. Die Kolleginnen und Kollegen Vorredner haben schon eindrucksvoll aufgezeigt, wie es um den Freistaat Bayern bestellt ist: Wir haben die stärkste Wirtschaft, die geringste Kinder- und Altersarmut, die geringste Anzahl von Menschen, die soziale Hilfe empfangen, die geringste Arbeitslosenquote in Deutschland und, was bemerkenswert ist, die geringste Jugendarbeitslosigkeit Deutschlands, ja ganz Europas und vielleicht darüber hinaus. Was aber keiner gesagt hat, ist, wie bemerkenswert es ist, dass diese Entwicklung nicht nur in den Ballungsräumen wie München stattgefunden hat, sondern überall in Bayern, in allen sieben Regierungsbezirken und allen Bereichen.

Frau Karl, natürlich haben Sie und die anderen Vorredner recht, dass dies ein Verdienst der Wirtschaft und unserer Unternehmerinnen und Unternehmer ist, aber auch der fleißigen Menschen, die sich engagieren, die arbeiten, Wertschöpfung schaffen,

produktiv sind, Geld verdienen und natürlich am Ende des Tages Steuern bezahlen – Steuern, über die wir heute entscheiden.

Ich möchte aber schon feststellen – Herr Kollege Pohl, Sie haben es angesprochen –, dass dazu ein Stück weit mehr gehört, nämlich die politischen Rahmenbedingungen, die in Bayern anders sind. Deswegen kann sich bei uns die Wirtschaft besonders entwickeln und entfalten.

(Beifall bei der CSU)

Dass dies keine leere Worthülse ist, zeigt auch der Doppelhaushalt, über den wir heute reden. Das ist ein Haushalt der Superlative, nämlich in Höhe von 124,7 Milliarden Euro und das zum 14. bzw. 15. Mal in Folge ohne neue Verschuldung. Ich habe gestern und heute aufgepasst; das hat noch niemand angesprochen. Es werden Schulden abgebaut. Wir haben auf der einen Seite die niedrigste Zinsausgabenquote, auf der anderen Seite mit 13,7 % die höchste Investitionsquote. Auch da sind wir in Deutschland und darüber hinaus Benchmark.

Gleiches gilt für den Einzelplan 07, für den Wirtschaftshaushalt. Frau Karl, auch bei diesem Rekordhaushalt haben wir eine Steigerung; denn rund 2,4 Milliarden Euro sind in den Doppelhaushalt eingebracht. Das sind 155 Millionen Euro mehr. Auch hier haben wir eine Rekordinvestitionsquote von über 40 %, die sich zum Wohle der bayerischen Wirtschaft auswirkt und den angesprochenen Rahmenbedingungen zugrunde liegt.

Wenn Sie in den Einzelplan 07 schauen, werden Sie feststellen – Herr Kollege Herold hat es vorhin eindrucksvoll aufgezeigt –: Es ist ein ganzes Feuerwerk an wirtschaftspolitischen Inhalten und Zukunftsinitiativen für die Digitalisierung und für Innovationen. Ich nenne sie der Vollständigkeit halber nur kurz stichwortartig: Im Fokus stehen ganz klar unser Handwerk, unser Mittelstand und unsere Familienunternehmen, aber auch der Digitalbonus, die Initiative "Handwerk Innovativ", die Fachkräftesicherung mit der Erhöhung des Meisterbonus, "Elternstolz" und gleichwertige Förderungen für die be-

rufliche Bildung und Weiterbildung, ferner natürlich auch die Förderung von digitalen Gründerzentren in allen sieben Regierungsbezirken, also über ganz Bayern verteilt; zudem die weitere Fortführung der Cluster-Förderung und die Mobilfunkinitiative mit einem eigenen bayerischen Mobilfunkprogramm.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Duin, das gibt es nur in Bayern. Für diese Aufgabe ist eigentlich der Bund zuständig.

Angesprochen wurde auch die Tourismusoffensive. Herr Bergmüller, Bayern ist Tourismusland Nummer eins. Deswegen unterstützen wir unsere Hoteliers, Gastronomen und alle Beteiligten durch Digitalisierungsbeiträge. Sie haben vorher auch gesagt, damit gehe ein Wahlkampfgedöns unseres Ministerpräsidenten einher. Das ist ein Schmarren, weil unser Minister Hubert Aiwanger am 17.05. genau dieses angekündigte Gaststättenmodernisierungsprogramm scharfschalten wird. Es kommt also wie versprochen; das Versprechen wird gehalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es geht weiter um die Förderung der Forschungstechnologie, um die außeruniversitäre Forschung, die innovative und emsige Start-up-Szene, die wir im Gründerland Bayern unterstützen und weiterentwickeln wollen.

Ich musste vorhin vor allem deswegen ein bisschen schmunzeln, weil Sie im Nachgang unseren Kollegen belehrt haben. Sie haben über "Bavaria One", über die Luft- und Raumfahrtinitiative des Freistaats Bayern gelacht. Sie sagen, da gehe nichts, da komme nichts. Aber es ist genau umgekehrt: Auf diesem Gebiet werden sehr viele Initiativen gestartet, etwa auf der einen Seite in Bezug auf das elektrische Fliegen und auf der anderen Seite, nur schlaglichtartig genannt, das geplante Galileo-Kompetenzzentrum.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Auch das Mega-Thema "künstliche Intelligenz" ist ein Steckenpferd. Auch auf dem Gebiet gibt es ein ganzes Feuerwerk: Campus der Sinne, vernetzte Mobilität, Institutsneubau mit Fraunhofer in Garching, natürlich das Zentrum für Telematik und vieles, vieles mehr.

Sprechen wir über die bayerische Wirtschaft, müssen wir auch über die Außenwirtschaft reden. Auch da ist Bayern sehr gut aufgestellt. Wir können versprechen, dass wir als Regierungsfraktion ganz klar ein Augenmerk darauf haben, dass unsere bayerische Außenwirtschaft mit ihren Repräsentanten überall in der Welt verteilt den nötigen Rückenwind bekommt, damit wir unsere Wirtschaft vor Ort und im Ausland unterstützen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kommen wir zur Wirtschaft: Die Eisheiligen sind unterwegs. Heute Morgen wurde von der "kalten Sophie" geredet. Die "kalte Sophie" ist ein Stück weit für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die wir haben, symptomatisch. Es gibt diverse Prognosen, die immer mehr abkühlen. Wir hatten Vertreter des ifo Instituts zu uns in den Wirtschaftsausschuss eingeladen; deren letzte Prognose geht von nur noch – nur noch! – 0,6 % Wirtschaftswachstum aus, das in Deutschland vermutet wird. Es gibt viele Ursachen dafür – es wurde angesprochen –, etwa natürlich die Weltpolitik. Auch der Brexit spielt eine Rolle.

Liebe Vorrednerinnen Frau Kollegin Karl und Frau Kollegin Fuchs, man soll den Ast nicht absägen, auf dem man sitzt. Das tun Sie exzellent, indem Sie mit Ihren ideologischen Äußerungen unsere Leitbranchen ständig kaputtreden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Zahlen sind dramatisch. Es wird über den Stellenabbau in der Automobilbranche, über die damit einhergehende Streichung von Schichten, über Produktionsverlagerungen gesprochen. Die OEMs verkünden rote Zahlen. Ich war erst in dieser Woche in einer entsprechenden Veranstaltung: Das Grundrauschen der Zulieferer ist mittlerweile deutlich hörbar. Es gilt auf der einen Seite, das Handeln der OEMs zu betrachten. Aber auf der anderen Seite führt die nachgelagerte ideologische Debatte, die wir uns hier in der öffentlichen Diskussion vor allem seitens der Opposition geleistet haben, bei unseren Unternehmerinnen und Unternehmern zu großen Problemen und Unsicherheiten; denn sie können nicht mehr so schnell oder gar nicht mehr reagieren und geraten unter Druck. Eine Unternehmerin, die in der Automobilbranche als Zulieferin tätig ist, hat mir in dieser Woche gesagt, sie habe mittlerweile schlaflose Nächte. Wir können froh sein, dass das Familienunternehmen sind, weil bei Familienunternehmen ein Stellenabbau die letzte Option ist, die mit Problemen einhergeht. Ansonsten würde die Welt ganz anders aussehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich müssen wir uns auf diesen Gebieten weiterentwickeln. Das ist keine Frage. Aber diese Hartnäckigkeit, dieses Auf-den-Knopf-Drücken, heute und morgen die Welt verändern zu wollen, das funktioniert nicht. Wir müssen die Themen technologieoffen und ökologisch, aber vor allem auch ökonomisch begleiten. Natürlich muss die gesamte Ökobilanz eine Rolle spielen. Da spielt der Diesel genauso wie andere Technologien, etwa die Brennstoffzelle, die synthetischen Kraftstoffe und was es hier auf dieser Welt alles gibt, eine Rolle. Wir müssen bitte damit sorgfältig und sensibel umgehen, damit wir die Technologie-Führerschaft unserer bayerischen und deutschen Leitbranche, der Automobilwirtschaft, weiter voranbringen. Ansonsten riskieren wir 500.000 und mehr Arbeitsplätze.

Ein weiterer Bereich, den ich noch ganz kurz streifen möchte, ist die Energie. Bayern agiert im Rahmen seiner Möglichkeiten. Natürlich liegen wir bei der Wasserkraft, der Solar- und Geothermie und bei der Biomasse an der Spitze. Über die Windenergie

wird immer diskutiert. Hier wird fälschlicherweise die 10-H-Regel wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Die 10-H-Regelung ist nicht das Problem. Mit der 10-H-Regelung können in Bayern nach wie vor Windräder gebaut werden.

(Zuruf von der SPD)

Vielleicht ist das Problem, dass wir ein Binnenstandort sind und so zu wenig Wind haben, also in der Wirtschaftlichkeit nicht konkurrenzfähig und bei den Ausschreibungen nicht dabei sind. Ich möchte aber heute auf dieses Thema nicht weiter eingehen, weil wir bei der Energie andere Themen ansprechen müssen. Aktuell haben wir 45 % Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, und das wird weitergehen.

Machen wir uns doch einmal über die großen Themen Gedanken. Der Atomausstieg war natürlich 2012 von der Gesellschaft gewollt, aber eine rein ethische Entscheidung. Wir stellen fest, dass es vermutlich damals wie heute kein wirkliches Konzept für diesen Ausstieg gegeben hat bzw. gibt mit der Konsequenz: Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat willkürlich und an anderer Stelle stattgefunden. Eine Diskussion über Leitungen hat gar nicht stattgefunden. Das hat zu großen Problemen geführt.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE) – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir haben uns für den Kohleausstieg entschieden, der langfristig vielleicht in Bezug auf CO₂ eine Rolle spielt. Aber Sie machen das wieder spontan, ad hoc und vermutlich wieder ohne Konzept. Während Sie sich Gedanken über die Sicherheit der Energieversorgung machen sollten, ist Ihr einziges Problem: Wie gehe ich mit einer 40-Milliarden-Euro-Gießkanne über Ost und West hinweg? Wie vergolde ich den Wind im Norden Deutschlands? Sie machen sich keine Gedanken darüber, wie es in Bayern um die Versorgungssicherheit bestellt ist – im Gegenteil, Sie nehmen billigend in Kauf, dass Bayern die Zeche zahlt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für unsere Wirtschaft in Bayern ist es wichtig, dass wir über die Versorgungssicherheit, über die Bezahlbarkeit und über die Umweltverträglichkeit sprechen. All das ist infrage gestellt, Frau Kollegin Schulz.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Schulze!)

– Schulze! – Deutsche Unternehmen zahlen mittlerweile die höchsten Strompreise. Wacker Chemie stellt öffentlich die Standortfrage. Das ist nicht zum Lachen, nein, es ist traurig, dass Wacker Chemie diese Frage stellt. Also bitte nicht lachen.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Wir brauchen dringend ein Energiekonzept auf Bundesebene, das alle Bundesländer einbindet, Frau Schulze.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Sprechen wir also sowohl über den Wirtschaftsstandort Deutschland als auch über den Wirtschaftsstandort Bayern. Das Wirtschaftswachstum ist gedämpft; alle Länder um uns herum in Europa bauen kräftig Schulden ab. Wir verschlafen da gerade etwas. Hallo, wach werden! Wir sind aktuell ein Hochsteuerland. Wir wollen den Soli abschaffen; Sie wollen ihn nicht abschaffen. Meine Damen und Herren der Opposition, Sie stehen für die Vermögensteuer, die Erbschaftsteuer, die Grundsteuer und auch für die CO₂-Steuer. Bestimmt haben Sie noch viel mehr Ideen, wie man Steuern erhöht. Ich kann Ihnen nur entgegenhalten: Wer den wirtschaftlichen Niedergang Bayerns will, muss fleißig Steuern erhöhen, wie Sie das jetzt wollen.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU möchte das nicht. Ich habe es Ihnen bereits gesagt. Wir lehnen die von der SPD avisierte Grundsteuer ab. Wir bräuchten alleine dafür 2.000 zusätzliche Beamte. Wir fordern bei der Grundsteuer eine Länderöffnungsklausel, wir wollen den Soli abschaffen, und wir wollen vor allem, dass die Unternehmensteuern gesenkt werden.

Das kann nicht erst geschehen, wenn der Karren festgefahren ist, sondern es muss sofort geschehen, damit unsere Unternehmen wieder Luft zum Atmen haben, um investieren und gestalten zu können, damit die bayerische Wirtschaft weiter vorangebracht wird.

Noch ein letzter Punkt. Ich meine hier die Sozialdebatte, den Sozialneid. Es geht mir um die Motivation, die Sie hier darlegen. Ich kann nur den Kopf darüber schütteln. Wo führt das in Deutschland noch hin, in einer Welt, die immer absurder wird? – Unternehmen wie BMW enteignen, Dieselfahrer kalt enteignen, Immobilienbesitzer enteignen und was Ihnen da alles noch einfällt – glauben Sie, mit dieser Ideologie können Sie noch irgendjemanden dafür gewinnen, in Bayern zu investieren? – Kein Unternehmen, kein Mittelständler, kein Unternehmensgründer und auch kein Investor wird sich dazu bereitfinden. Sie erweisen mit Ihren Vorschlägen Deutschland und damit unserem Wohlstand einen riesigen Bärendienst.

Meine Damen und Herren, Auftrag der Politik ist es nicht, den Menschen in Bayern zu schaden, sondern aktive, strategische Wirtschaftspolitik für Industrie, Mittelstand und Handwerk zu forcieren. Das heißt, Investitionen gerade bei eingetrübter Konjunktur anzukurbeln und wirtschaftsfreundlich zu denken.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit!

Sandro Kirchner (CSU): Es gilt, Steuern und Abgaben zu reduzieren, die Energieversorgung und die Verfügbarkeit von Fachkräften zu stärken und Bürokratie abzubauen. Das heißt, es gilt, die Spitzenposition Bayerns weiter zu stärken.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Sie haben gleich noch mal Gelegenheit zu reden.

Sandro Kirchner (CSU): Im Freistaat Bayern geschieht das alles, und wenn Sie es nicht glauben, schauen Sie einmal den Einzelplan 07 an, dort ist das eindrucksvoll belegt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, Sie können am Rednerpult verbleiben. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Bergmüller von der AfD-Fraktion gemeldet. Bitte sehr.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Kollege Kirchner, danke für Ihre schönen Worte. Wenn Sie hier aber von Schmarrn reden, wie Sie es vorhin taten, frage ich Sie ganz konkret: Bestreiten Sie, dass der Herr Ministerpräsident am 22.04.2018 ein 30-Millionen-Förderprogramm für 2018 versprochen hat?

Zweite Frage: Kennen Sie die Förderbedingungen, die für das Gastro-Förderprogramm festgelegt sind, und wissen Sie, was die Regierung von Oberbayern für Investitionen verlangt?

Sandro Kirchner (CSU): Natürlich weiß ich das, genauso gut wie Sie. Sie sind ja auch Mitglied des Ausschusses. Wenn Sie den Kollegen Mannes mit einbinden würden, könnten Sie alles Nähere erfahren. Wenn Sie die Förderkonditionen näher ansehen wollen, finden Sie sie auf der Internetseite des Wirtschaftsministeriums. Dort sind die Kriterien belegt. Am 17.05. wird das scharfgeschaltet. Ich verstehe deshalb die Diskussion nicht; das ist ein ganz normales Förderkriterium, das mit gewissen Bedingungen verbunden ist. Im Übrigen, Herr Bergmüller: Wir alle sind Steuerzahler, und wenn Steuergelder für Förderungen und Investitionen bereitgestellt werden, hat man doch den Anspruch, dass gewisse Kriterien zugrunde gelegt werden. Und genau das findet hier statt. Insofern verstehe ich Ihre Nachfrage an dieser Stelle nicht.

(Alexander König (CSU): Das verlangt schon die Haushaltsordnung!)

Wollen Sie da einfach Gelder aus der Hüfte geschossen verteilen, oder was wollen Sie zugrunde legen?

Zur Aussage des Ministerpräsidenten nur Folgendes: Meine Aussage, dies sei ein Schmarrn, ist eins zu eins darauf zurückzuführen, dass Sie das Gaststättenmodernisierungsprogramm genannt haben. Der Ministerpräsident war zufällig bei mir in Bad Kissingen beim 1. Bayerischen Gastgebertag. Er hat dort genau dieses Programm angekündigt, und Minister Aiwanger hat es jetzt so weit gebracht, dass es nun scharfgeschaltet wird. Wenn Sie nun behaupten, dass unser Ministerpräsident irgendwelche Worthülsen in die Öffentlichkeit transportiert hätte, dann ist das ein Schmarrn.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Kollege Kirchner. Es gibt eine weitere Intervention. Dazu hat sich die Kollegin Karl gemeldet. Bitte, Frau Karl.

Annette Karl (SPD): Herr Kollege Kirchner, Sie haben eben gesagt, Frau Fuchs und ich würden die Leitindustrien schlechtreden. Ich fordere Sie auf, mir einen Beleg vorzulegen, wo ich, Annette Karl, jemals die Leitindustrien schlechtgeredet hätte. Wenn Sie einen solchen Beleg nicht haben, bitte ich, von Ihren Behauptungen Abstand zu nehmen. Und kommen Sie mir bitte nicht mit irgendwelchen Aussagen von Jungsozialisten ohne jedes Mandat. Hier geht es um einen persönlichen Angriff gegen die Frau Fuchs und mich. Diesen weise ich zurück.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kirchner, bitte.

Sandro Kirchner (CSU): Frau Kollegin Karl, ich schätze Sie sehr. Insofern werde ich an dieser Stelle ein Stück zurückrudern. Die Aussagen von Frau Fuchs lasse ich an dieser Stelle stehen, weil sie das in ihrer Rede explizit angesprochen hat. Ich schätze Sie im Ausschuss, Sie betrachten das dort sehr objektiv und nüchtern. Aber Sie spre-

chen in diesem Fall natürlich für sich als Frau Karl. Für die SPD und die Jungsozialisten, die den Sozialismus neu erfinden und für die Welt propagieren, bleibt diese Aussage bestehen. Und damit spreche ich die SPD insgesamt an.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Als nächste Rednerin hat sich Kollegin Stephanie Schuhknecht vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Bitte sehr.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister! Sehr geehrter Herr Kirchner, ich muss doch noch mal etwas zu Ihren Ausführungen sagen. Ich finde es faszinierend, wie es die CSU schafft, die Regierungsbeteiligung auf Bundesebene immer irgendwie zu vergessen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist für mich immer wieder spannend.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das nur zum Einstieg. – Erst vergangene Woche habe ich mich mit einem Gründer eines sehr jungen Start-ups getroffen. Seine Idee ist ganz einfach. Beim Buchen von Urlaubsreisen sollte man nebenher Bäume pflanzen. 60.000 Bäume hat er bereits auf mehreren Kontinenten gepflanzt. Noch ist er Einzelkämpfer. Er investiert 100 % seiner Provisionseinnahmen in Bäume.

Und nun kommt das Problem: Sein Erfolg zwingt ihn dazu, eine GmbH zu gründen und dafür braucht er Geld und Know-how. Blickt man nun in den bayerischen Staatshaushalt, dann finden sich vielfältige Finanztöpfe und Programme zur Förderung und Unterstützung von Existenzgründern und Start-ups. Aber diese Flut an Fördermöglichkeiten stellt auch eine große Hürde für innovative und gründungswillige Menschen dar.

Die entsprechenden Informationsseiten im Netz sind sehr unübersichtlich. Es gibt zum Beispiel eine Seite des bayerischen Wirtschaftsministeriums, dort gibt es Links auf die Seite "Gründerland Bayern" und von dort wird man wieder zurückgelinkt zum Wirtschaftsministerium. Dann gibt es die BayStartUp GmbH, die Bayern Kapital GmbH, die LfA sowie die Bezirksregierungen, wo die Förderanträge gestellt werden können.

(Alexander König (CSU): Kollegin, Sie sollten mal ins Ministerium gehen und sich dort beraten lassen!)

Wer soll da noch durchblicken?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gründerinnen und Gründer wünschen sich in erster Linie den Abbau von Bürokratiehürden. Aber sie scheitern schon allein bei der Information über Förderung und Unterstützungsmöglichkeiten.

Existenzgründungen sind das Lebenselixier einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft. Sie sorgen für frischen Wettbewerb in seiner kostbarsten Form, nämlich den Wettbewerb um die besten Ideen. Neue Unternehmen sind häufig innovativ; sie erhöhen den Druck auf etablierte Firmen, in Forschung und Entwicklung zu investieren, und sie schaffen Arbeitsplätze. 4,5 Millionen sozialversicherungspflichtige Jobs allein zwischen 2003 und 2015! Was wir also brauchen, sind klar definierte Ansprechpartner. Aber sie sind eben im Ministerium nicht klar, weil man von außen her nicht weiß, wohin man gehen muss. Man braucht eine zielgerichtete Beratung und leicht auffindbare und leicht zu beantragende Förderprogramme. Was wir nicht brauchen, ist Homepage-Wirrwarr und ein stapeldicker Formulkrieg mit den Behörden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonders schwer haben es übrigens Start-ups, die eine soziale oder ökologische Innovation als Grundlage haben. In der Sendung "Die Höhle der Löwen" kommt spätestens als zweite Frage: Wie stark skalierbar ist Ihre Geschäftsidee? Wenn man da nicht

theoretisch "unendlich" antworten konnte, hatte man es verdammt schwer, einen Deal zu bekommen. Gerade Sozialunternehmen und grüne Start-ups sind nicht unendlich skalierbar, weil es primär um den sozialen und ökologischen Nutzen geht und erst in zweiter Linie um den Profit.

Würden die Lösungen der über 1.700 Sozialunternehmer in Deutschland systematisch genutzt und besser in bestehende Systeme integriert, ergäbe sich ein wirtschaftlicher Nutzen mit Milliardenpotenzial. Das ergibt eine gemeinsame Studie von Ashoka und McKinsey. Die Ergebnisse zeigen, dass Social Entrepreneurs eine wichtige Rolle bei der Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen spielen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine Evaluation aller bayerischen Förderprogramme für Start-ups. Zielsetzungen und Wirkungsindikatoren für ökologische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit müssen endlich ausdrücklich aufgenommen und die Förderprogramme entsprechend angepasst werden.

Herr Aiwanger, es ehrt Sie, dass Sie angekündigt haben, die Wirtshäuser in Bayern stärker zu fördern. Auch in Bayern gibt es gerade auf dem Land viele Gründer und Gründerinnen, die ein hohes wirtschaftliches Risiko eingehen. Was Bayern aber wirklich braucht, ist die gezielte Förderung von kreativen Gründungsideen, die die Zukunftsprobleme angehen. Vielleicht geht Ihnen, Herr Minister, bei der nächsten Halben Bier im Wirtshaus ein Licht auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Gerd Mannes von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Der Koalitionsvertrag liest sich sehr geschäftig. Hier ist von dem Gründerland Bayern die Rede. Er spricht auch davon, Existenzgründungsprogramme auszubauen und Information und Transparenz für Fördermöglichkeiten zu verbessern. Existenzgründer sollen von unnötiger Bürokratie befreit werden. Wer kann solchen Vorhaben widersprechen? – Leider sind diese Vorhaben sehr vage und unkonkret, und sie lassen sich in Ihrem Entwurf zum Doppelhaushalt kaum finden. Die Staatsregierung lässt offensichtlich die am Beginn eines Booms stehende Start-up-Szene im Bereich der Technologie und Digitalisierung gelangweilt am ausgestreckten Arm verhungern. Wegweisende Faktoren für Bayern als Gründerland sind neben einer optimalen digitalen und logistischen Infrastruktur personell und technologisch optimal ausgestattete Universitäten sowie eine radikale Abspeckung der Bürokratie und ausreichende Kapitalausstattung für alle Phasen der Unternehmensgründung. Laut Branchendaten des Bundesverbands Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften gingen das Fundraising und die Investition durch Private Equity 2018 im Vergleich zu 2017 zurück. In Bayern wurde weniger investiert als in Baden-Württemberg, Berlin oder Hessen.

Geld für frühe Phasen gibt es zwar mittlerweile mehr; doch die Kapitalausstattung für nachhaltiges Wachstum ist mangelhaft. So leidet Bayerns Gründerszene nach wie vor an finanzieller Auszehrung, weil Förderungen und Wagniskapital eben nicht nur in Frühphasen benötigt werden, sondern Spätphaseninvestitionen mindestens genauso gestärkt werden müssen, damit vielversprechenden Ideen und Ausgründungen nicht die Finanzmittel ausgehen. Unternehmensgründer brauchen die richtigen Rahmenbedingungen. Versäumt die Politik die aktive und vorausschauende Gestaltung einer gründerfreundlichen Umgebung, flüchten die Gründer, und Bayern versäumt es, strategisch wichtige Branchen anzusiedeln. Dies gilt insbesondere in Zeiten einer industriellen Revolution, wie wir sie durch Industrie 4.0 und durch künstliche Intelligenz in den nächsten Jahren erleben werden. Noch hat Bayern die Chance, hier mit konkreten Maßnahmen weltweit aufzuholen und deutschlandweit voranzugehen.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen, was dringend erforderlich ist: Eine Entbürokratisierung von Firmengründungen, die einen Tag dauern sollen. Hochschulen brauchen mehr Gestaltungsspielraum. Investitionen müssen dort schnell umgesetzt werden. Die Anschlussfinanzierung muss verbessert werden mittels eines eigenständigen Regelwerks für ein Wagniskapitalfördergesetz. Die Staatsregierung sollte ihre finanzielle Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen deutlich aufstocken. In unserem Antrag, den wir heute gestellt haben, empfehlen wir eine Verachtfa-
chung. Wir bitten um Zustimmung.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal muss ich dem Kollegen Kirchner meinen vollen Respekt zollen. Seine Ausführungen zum fehlenden Energiekonzept gehören tatsächlich zum Stärksten, was ich zu dem Thema von einem Oppositionspolitiker in diesem Haus in der letzten Zeit vernommen habe.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja, sehr gut! – Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer ist denn eigentlich zuständig für ein energiepolitisches Konzept und für ein Konzept für die Organisation der Energiewende in Bayern?

(Volkmar Halbleib (SPD): Gute Frage!)

– Das ist ja wohl die Bayerische Staatsregierung! Bayern ist ein Industriestandort, an dem sich die Energiewende mit Sicherheit nicht durch im Wald zusammengeklautbes Holz, eine der vielen Ideen des Wirtschaftsministers, organisieren lässt, sondern da sind ganz andere Maßnahmen erforderlich. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, diesen Industriestandort weiter zu entwickeln und die Arbeitsplätze zu erhalten, vor dem Hintergrund der Umwelt-, der Ressourcen- und der Klimaprobleme, die auf uns

zukommen, brauchen wir Grundsätze für eine zukunftsorientierte bayerische Energiepolitik:

(Beifall bei der SPD)

Sparsamkeit und Energieeffizienz, CO₂-neutrale Energieerzeugung, den vorhandenen Energieverbrauch und CO₂-Emissionen eindämmen, den sinnvollen Mix an CO₂-neutralen Energiequellen zur Energieversorgung sicherstellen und die Schaffung eines leistungsfähigen Verteilernetzes. Wenn man sich die Diskussion in diesem Haus und vor allem die Äußerungen aus dem Wirtschaftsministerium in den letzten Monaten anschaut, stellt man fest: Die Staatsregierung hat dafür keinen Plan. Am orientierungslosesten ist in diesem Fall der Wirtschaftsminister, auch wenn er jede Woche eine andere Idee hat. Es wundert mich gar nicht, Kolleginnen und Kollegen, dass sich der Kollege Pohl in seiner Rede so massiv dagegen gewehrt hat, Vorgaben oder Ziele zu definieren. Bei dem Wirtschaftsminister ist das kein Wunder. Am Ende hätte man dann noch etwas in der öffentlichen Debatte, woran man sich messen lassen müsste.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Haben Sie mir zugehört?)

Das kommt Ihnen natürlich gar nicht entgegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Was Sie Energiepolitik nennen, ist vor allem Verhinderungspolitik: Verhinderung der Windkraft, Verhinderung von Stromtrassen, keine Position zu Nord Stream 2

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lesen Sie den Bericht!)

und keine Konzeption für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung für den Industriestandort Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Die Trennung des Landes – das ist noch gar nicht zur Sprache gekommen – in zwei Strompreiszonen mit massiven Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher in Bayern und für unsere Industrie nehmen Sie damit billigend in Kauf. Auch da, wo der Freistaat die Energiewende in den Regionen und Kommunen tatsächlich mit wenigen Mitteln bei der Organisation wirklich flächendeckender Energienutzungspläne, die die Voraussetzung für die Energiewende darstellen, besser fördern könnte, stellen Sie noch nicht einmal die notwendigen Mittel zur Verfügung. Das Gleiche betrifft die Mittel für das 10.000-Häuser-Programm. Energieeffizienz und CO₂-Neutralität sind eine große Aufgabe beim Thema "Bauen und Wohnen". Deshalb ist die Reduzierung dieser Mittel, wie Sie von der Bayerischen Staatsregierung vorgesehen ist, genau das falsche Signal und genau der falsche Weg. Es ist wichtig, dass Bauherinnen und Bauherren für den Neubau oder die Sanierung ausreichend Förderung bekommen und dass diese Gelder unbürokratisch und niederschwellig ausgereicht werden.

Kolleginnen und Kollegen, gerade vor dem Hintergrund der Herausforderungen der Energiewende und des Umbaus der Energieerzeugung in Bayern ist das, was uns heute vorgelegt worden ist, alles andere als ein Zukunftshaushalt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit?

Florian Ritter (SPD): Es gäbe aber nichts Dringenderes, um in Bayern sowohl Wohlstand als auch Arbeitsplätze und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Der Kollege Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte, Herr Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Kollege Ritter, ich möchte jetzt gar nicht lospoltern, weil ich denke, zu dem Thema Energie werden wir uns noch sehr ausführlich unterhalten, vor allem auch weil der Energiedialog noch stattfindet. Ich möchte Ihnen aber vor Augen halten, dass Sie meinen Redebeitrag nicht verdrehen sollten. Ich habe ganz klar darauf hingewiesen, dass der Freistaat Bayern und die Bayerische Staatsregierung ihren Gestaltungsspielraum haben, um Energiepolitik zu steuern und zu lenken, dass aber viele Themen übergeordnet zu sehen sind und dass da die Bundesebene gefordert ist. Ich will Ihnen nur kurz vor Augen führen, wer auf der Bundesebene aktiv ist. Da sind natürlich Sie als Regierungspartei mit Ihrer Bundesumweltministerin an vorderster Front dabei,

(Unruhe bei der SPD)

aber auch die vielen Bundesländer, an deren Regierungen Sie in vielfältiger Form beteiligt sind, wenn der Bundesrat die Rahmenbedingungen festlegt. Darüber müssen wir uns ausführlich unterhalten. Da bin ich eher der Meinung, dass Sie den Ball ein bisschen flach halten sollten, bevor Sie einen Steilpass spielen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sie aber erst recht! Ausstieg aus der Kernenergie! – Weitere Zurufe von der SPD)

Den zweiten Punkt, den ich ansprechen wollte, führe ich direkter aus. Wir haben in der letzten Periode

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Sandro Kirchner – –

Sandro Kirchner (CSU): das 10.000-Häuser-Programm eingeführt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kirchner, wir haben nur noch eine Minute Zeit für die Zwischenbemerkung.

Sandro Kirchner (CSU): Wenn ich nicht unterbrochen würde, hätte ich auch Zeit zu reden. – Wir hatten in der Legislaturperiode das 10.000-Häuser-Programm eingeführt.

Ich glaube, Ihre Fraktion hat tausend Gründe gewusst, warum das schlecht ist und warum man es nicht braucht.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Weil Sie Ölheizungen gefördert haben, das war das Problem!)

Es war ein toller Erfolg des Freistaates Bayern. Wenn Sie die energetische Gebäudesanierung unterstützen wollen, dann blockieren Sie nicht auf Bundesebene die Steuerentlastung hierfür. Dann könnten wir viel erreichen, ohne etwas anderes tun zu müssen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kirchner, vielen Dank. – Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Florian Ritter (SPD): Ich stelle fest, Herr Kollege Kirchner ist da, wo es ihm hineinpasst, nämlich im Bund, in der Regierung und da, wo es ihm nicht hineinpasst, ist er in der Opposition. So einfach kann man es sich am Ende aber nicht machen.

(Beifall bei der SPD – Sandro Kirchner (CSU): Tolle Antwort!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Christian Zwanziger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Durch die Fridays-for-Future-Bewegung ist die Energie- und Klimapolitik ganz oben in den Newstickern und in den Regierungsreden angekommen. Wenn man sich aber den Haushalt anschaut, dann tun sich große Lücken auf. Zur Beseitigung der schlimmsten Folgen des Klimawandels, auch bei uns – Überschwemmungen, Dürre, Schäden in der Landwirtschaft, Schäden in den Wäldern –, wird seit Jahren mehr Geld eingestellt als für vorbeugenden Klimaschutz oder für vorausschauende Politik. Unsere Anträge zum Klimaschutz wurden allesamt abgelehnt.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Schauen Sie doch mal aus dem Fenster!)

Beherzte Investitionen in die energetische Sanierung von staatlichen Gebäuden, von kommunalen Gebäuden gibt es nicht. Sie kürzen sogar. Kommunale Klimaschutzmanager, regionale Energieagenturen, Nahwärmenetze und vieles mehr, das wäre vorausschauende Politik. Das ist grüne Politik, die die Herausforderung der Zukunft anpackt. Das sind Vorschläge, die für die nächste Generation Chancen ermöglichen. Sie haben aber alles abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Landesentwicklung: Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land zu schaffen und zu fördern, das ist der klare Auftrag des Artikels 3 der Bayerischen Verfassung. An diesem Verfassungsauftrag werden wir Sie messen. Wer, wenn nicht Sie, Herr Aiwanger, muss sich als der zuständige Minister diesen Verfassungsgrundsatz hinter die Ohren schreiben?

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Statt zu gestalten, gehen Sie lieber den Weg des geringsten Widerstandes. Die Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern" legte beispielsweise gute Vorschläge vor. Da waren auch etliche Kollegen dabei. Dazu gehört zum Beispiel verstärkte Forschung zu den Indikatoren für die Gleichwertigkeit. Aber unser Haushaltsantrag dazu wurde abgelehnt. Oder schauen wir die Stärken der Regionalen Planungsverbände an: Auch da besteht eine schwarz-orange Blockade. Dabei könnten Regionale Planungsverbände als Zusammenschlüsse der Gemeinden und Landkreise die interkommunale Zusammenarbeit fördern und das Konkurrenzdenken bei der Siedlungsentwicklung überwinden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatssekretär Roland Weigert: Die Förderung erfolgt doch bereits!)

– Aber die deutliche Erhöhung, die Stärkung haben Sie abgelehnt. Das können wir festhalten. Oder gehen wir auf die kommunale Ebene: Kommunale Flächenmanager,

die Baulücken, Leerstände und andere innerörtliche Baupotenziale erheben und mit den Eigentümern Kontakt aufnehmen, um die Potenziale zu heben – abgelehnt. Landesweite Forschung, Regionale Planungsverbände oder die kommunalen Flächenmanager – auf allen Ebenen verweigern Sie sich selbst das Handwerkszeug, um dem Verfassungsauftrag ordentlich nachzukommen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Katharina Schulze (GRÜNE): Genau!)

Von einer guten Landespolitik erwarte ich mehr. Ich erwarte mehr Ausgleich zwischen den Interessen. Ich erwarte, geballtes Wissen, beispielweise bei der Akademie Ländlicher Raum, abzurufen und das in konkrete Politik zu übersetzen. Ich erwarte einen Minister, der Lösungsvorschläge macht, statt die Verantwortung allein auf die Kommunen abzuwälzen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Katharina Schulze (GRÜNE): So ist es! – Zuruf des Staatssekretärs Roland Weigert)

Herr Aiwanger, bisher warte ich vergeblich. Machen Sie sich auf den Weg, gehen Sie nicht immer nur den Weg des geringsten Widerstandes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Prof. Dr. Hahn gemeldet. Herr Prof. Dr. Hahn, bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Zwanziger, Sie versäumen es nicht, wieder den Klimawandel anzusprechen. Allerdings hat man den Eindruck, wenn es ein bisschen wärmer ist, dann wird sofort der Klimawandel thematisiert, und zwar gemeinsam mit der Presse, die mit Ihnen zusammen argumentiert. Wenn wir jetzt aber den kältesten Maianfang seit vielen, vielen Jahren haben, dann hört man dazu immer nur ganz allgemeine Sachen.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Zwanziger, bitte schön.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Hahn, Sie haben die Zwischenrufe gehört. Denen kann ich mich nur anschließen. Wetter ist nicht gleich Klima. Sie müssten das doch aufgrund Ihrer Professur am besten wissen. Wie man den Klimawandel immer noch leugnen kann, verstehe ich nicht. Deshalb: Wetter ist kein Klima!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Seidl von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Josef Seidl (AfD): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, verehrte Kollegen! Prometheus hasste aber die Freiheit und Eigenständigkeit der Menschen. – Entschuldigung. – Prometheus brachte den Menschen das Feuer. Die Götter hassten aber die Freiheit und Eigenständigkeit der Menschen. Zur Strafe schmiedeten sie Prometheus an den Kaukasus. – Deutschland und gerade Bayern brüsten sich gerne mit der Rolle eines Hochtechnologiestandortes. In vielen Bereichen stimmt das leider nicht mehr. Verschiedene Gründe führten zu schildbürgerstreichgleichen Entwicklungen, wie die BER-Lachnummer – Berlin Airport – oder die globale Kopfschüttel-Selbstkasteiungsnummer Energiewende.

(Florian von Brunn (SPD): Dass gerade Sie griechische Sagen zitieren!)

In zu wenigen Bereichen wird der Anspruch eines Standorts für Hochtechnologieentwicklung erfüllt. Aber es gibt Innovationen, die eine besondere Förderung verdienen.

Unweit von hier, keine 16 Kilometer Luftlinie entfernt, sitzen Wissenschaftler der Technischen Universität München in Garching. Es sind unter anderem Mitglieder des Instituts für Festkörper-Kernphysik Berlin. Dieses Institut beschäftigt sich mit Reaktortypen

der IV. Generation. Sie haben einen Verwertungsreaktor für Atommüll konzipiert. Atommüll, den wir unseren Nachkommen auf Zehntausende von Jahren zur Last legen, könnte durch die Verwertung im Dual Fluid Reaktor – DFR – auf schwach und kurz strahlende Isotope von nur 300 Jahren Aktivität abgebrannt werden. Die konstruktiv-inhärente Sicherheit stellt ihn auf eine Stufe mit Gas- oder Kohlekraftwerken. Von den vielfältigen industriellen Nutzungsmöglichkeiten will ich hier nur auf die Fähigkeit des CO₂-Recyclings durch Treibstoffsynthese hinweisen. Solche Konzepte brauchen unsere Unterstützung. Sie müssen weiter erforscht und entwickelt werden. Sonst bleiben die Sonntagsreden über den Hochtechnologiestandort Bayern reine Makulatur. Wir schlagen daher vor, 50 Millionen Euro für die Weiterentwicklung und die Erforschung des DFR-Konzeptes im Haushalt freizumachen.

So wird Bayern wieder Spitzenreiter einer gefragten Zukunftstechnologie. Wir dürfen kein zweites Mal einen Transrapid ungenutzt davonfahren lassen. Hören wir auf, Götter sein zu wollen. Befreien wir Prometheus! Lassen Sie uns sehen, was er den Menschen sonst noch bringen kann. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Zu Wort gemeldet hat sich nun der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda. Bitte schön, Herr Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren Politiker! Ich werde mich nicht in Details verlieren, das haben schon viele Vorredner getan. Ich werde aber in der Kürze der Zeit ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen.

Volkswirtschaft ist Wirtschaften für das Volk. Hans Herold von der CSU versteht darunter die soziale Marktwirtschaft – da hat er sicherlich recht –, aber keine Staatswirtschaft. Da frage ich mich aber: Wo bleibt in so einer sozialen Marktwirtschaft, wie wir sie derzeit erleben, die Daseinsvorsorge? – Ich greife ein paar Punkte heraus: Wohnen, Energie, gesundes Leben, Lebensmittel, Gesundheitsvorsorge. Das sind Eck-

punkte für die Grundlagen für das Leben des Volkes. Ob die Sozialwirtschaft der derzeitigen Prägung das hergibt oder ob diese Marktwirtschaft vielleicht den Profit überbetont und übertreibt, das ist die Frage. Wenn das aber der Fall ist, dann muss der Staat handeln. Er muss handeln in der Weise, dass er sozialen Wohnungsbau betreibt und nicht Sozialwohnungen veräußert oder privatisiert. Bayern geht diesen Weg immer wieder.

Bei der Energieversorgung muss die Stromversorgung gewährleistet sein. Wenn ein paar Black Nights oder Days in Bayern passieren, dann werden wir merken, was das bedeutet. Ein würdevolles Leben in unseren Wohnungen ist dann nämlich nicht mehr möglich, weil wir auf Strom zwingend angewiesen sind. Das ist eine Basis für die Daseinsvorsorge.

Gesunde Lebensmittel: Junkfood, Suppenküchen und solche Einrichtungen nichtstaatlicher Art sind nicht die Lösung. Sie sehen, unsere Menschen werden immer dicker, in Bayern wie auch anderswo. Dagegen muss man etwas tun. Ein guter Politiker aus Bayern hat einmal gesagt: Jemand, der krank ist, muss das bekommen, was er braucht, um wieder gesund zu werden. – Was ist daraus geworden? Viele Krankenhäuser wurden privatisiert; über 60 % sollen es schon sein. Die Preisspirale im Gesundheitswesen erkennen wir, wenn wir in eine Apotheke gehen. Das ist keine Lösung, die ich als soziale Marktwirtschaft beschreiben würde.

Warum geht Bayern diesen Weg? Mir ist das klar: Bayern will die Privatwirtschaft stärken. Das ist gut und richtig so. Die Politik muss aber auch darauf schauen, dass die Privatwirtschaft das Richtige tut. Wenn Sie sehen wollen, wohin es führen kann, wenn das nicht der Fall ist, dann gehen Sie nach München: Gettos für Reiche! Oder schauen Sie in den Freistaat Bayern: Billiglohn! Das ist bei uns überhaupt nicht anders als anderswo, lieber Hans Herold. Schauen Sie sich die Brennpunktviertel bayerischer Städte an: Die soziale Armut ist sichtbar; sie schlägt Ihnen im öffentlichen Raum entgegen. Was also bedeutet es für Bayern, wenn wir das weltweit beste Bruttosozialpro-

dukt und die geringste Arbeitslosenquote – 1,8 % – aufweisen? Es bedeutet Gutes und Schönes, aber leider Gottes nicht für alle Bayern.

Verehrte Parlamentarier, die Grundversorgung für alle mit den wichtigen Gütern ist von großer Bedeutung. Klappt das nicht, weil die Wirtschaft nicht für das Volk wirtschaftet, sondern für die Reichen und Schönen, dann muss der Staat handeln. Politiker müssen steuern, möglicherweise umsteuern und die Weichen richtig stellen. Tun Sie also bitte das Richtige, meine sehr verehrten Damen und Herren! In dem Haushalt steckt schon viel Richtiges. Aber gehen Sie nicht den Weg der Gewinnmaximierung oder der Gewinntransferierung an Shareholder irgendwo im Ausland! Sorgen Sie für einen guten bayerischen Mittelstand, damit die Lebensgrundlagen hier in Bayern erhalten bleiben! – Das wären vor dem Hintergrund dieses Haushalts meine Bitte und mein Appell.

Weiterhin gutes Gelingen bei der Diskussion sowie gute und richtige Entscheidungen!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger. Bitte schön.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute über den Wirtschaftsstandort Bayern. Im Vordergrund stehen die Fragen: Wo stehen wir? Wohin wollen wir? Wie stellen wir in den nächsten zwei Jahren die Weichen richtig?

Zunächst einmal ist es wichtig festzuhalten, dass Bayern mit einer Arbeitslosenquote von unter 3 % vergleichsweise gut dasteht. Dem Bundestrend zum Trotz steigen die Steuereinnahmen in Bayern weiter deutlich an, sodass Luft für Innovationen – richtige Innovationen – besteht. Wir stellen fest, dass das Arbeitsmarktklima in Bayern weitgehend in Ordnung ist. Wir erkennen aber auch, dass – teilweise aufgrund internationaler Rahmenbedingungen, teilweise aufgrund nationaler Rahmenbedingungen, teilwei-

se auch aufgrund der spezifischen Lage in Bayern – unsere gute Situation in Gefahr ist.

Beginnen wir mit Letzterem. Bayern hatte bis dato durch die Nutzung der Atomenergie eine sichere energiepolitische Ausgangslage; diese dreht sich jetzt. Wir müssen aufpassen, dass wir aus der Situation der Selbstversorgung heraus nicht in eine Falle geraten. Das wäre der Fall, wenn wir in Bayern energiepolitisch die Letzten in der Kette wären, nur noch an Nabelschnüren hingen und die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleisten könnten. Wir begegnen dieser Gefahr.

Eine Lösung ist, dass wir die zunehmenden Versorgungslücken durch mehr Gaskraft abfangen. Das müssen wir tun; wir sind schon dabei. In Irsching werden netztechnische Sicherheitsmaßnahmen ergriffen, um 300 MW als Puffer aufzubauen; weitere 300 MW sollen zeitnah hinzukommen. Ich bin hierzu in engem Kontakt mit der Bundespolitik.

Diese Maßnahmen reichen aber nicht aus. Wir brauchen weitere Gaskraft im Süden. Eine Möglichkeit wäre der Aufbau von Reservekraftwerken entsprechend einem Kapazitätsmechanismus. Ich hoffe, dass die Bundespolitik mitgeht, bin mir aber nicht sicher. Geht sie nicht mit, müssen wir – das wäre dann die sinnvollste Lösung – bei den großen Stromabnehmern in den Kommunen viele dezentrale Blockheizkraftwerke aufstellen. Das können 10-MW-Anlagen oder 20-MW-Anlagen sein. Die Stadtwerke München arbeiten jetzt sogar mit einer 100-MW-Anlage, das heißt zweimal 50 MW. Auf diese Weise gelingt es, in der Fläche verteilt die Grundlast abzudecken.

Ich bin der Überzeugung, dass der Bund momentan noch nicht weiß, wohin er energiepolitisch will, und Weichen massiv falsch stellt. An dieser Stelle folgt – ich traue mich, es zu sagen – die große Anklage an die SPD-geführten Länder, die ihre Kohlestandorte verteidigen. Das führt dazu, dass die etwa 40 Milliarden Euro, die zur Abfederung der Folgen des Kohleausstiegs bereitgestellt werden, unter dem Deckmantel der Energiepolitik für Maßnahmen der Strukturpolitik verwendet werden. In struktur-

schwache Länder fließen unter der Überschrift "Energiewende" Milliarden – mit diesen Mitteln werden dort sogar neue Turnhallenböden finanziert –, während in Bayern zu wenig Geld für den Grundlastausbau ankommt. Ich wiederhole meinen Appell an die SPD: Bevor Sie sich über mich lustig machen, weil ich in Bayern die Energiekapazität von Holz stärker ins Spiel bringen will, sollten Sie sich lieber bei Ihren SPD-Kollegen darum kümmern, dass die Energiemilliarden im bayerischen Kapazitätsmarkt zur Abdeckung der bayerischen Grundlast ankommen und nicht nur in nord- und ostdeutsche Turnhallenböden fließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Auch das Thema Trassen sei kurz erwähnt. Die Realisierung der Trassen SuedLink und SuedOstLink wird etwa im Jahr 2027 für möglich gehalten. Wir reden also über einen Zeitraum von sieben oder acht Jahren, nicht von morgen oder übermorgen. Einige scheinen zu vermuten, Herr Aiwanger brauche nur auf ein Knöpfchen zu drücken, und dann wäre der Strom da. Nein, in Berlin und in Bayern werden sich an anderer Stelle noch viele den Kopf zerbrechen müssen, weil wir noch viele Probleme aus dem Weg zu räumen haben.

Ich will es auf den Punkt bringen: Ich wäre als bayerischer Wirtschaftsminister fehl am Platz, wenn ich mich zurücklehnen und sagen würde: Es kommen eh die Trassen, dann sind die Probleme gelöst. – Nein, die Probleme müssen deutlich vorher gelöst werden! Ein Erfordernis ist die Schaffung von mehr Kapazitäten für die Abdeckung der Grundlast. Zudem bedarf es eines massiven Ausbaus der erneuerbaren Energien in Bayern. Wir gehen jetzt massiv in die Solarförderung hinein, das heißt in die Förderung von Speichern in Kombination mit Solaranlagen. Auch an dieser Stelle geht unsere Bitte an den Bund, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass der Eigenverbrauch von Strom deutlich besser möglich wird als derzeit. Auch größere Dächer sollten mit Photovoltaikanlagen bestückt werden können und nicht leer stehen. Entweder zahlen wir als Eigenerzeuger EEG-Umlage oder die Anlage wird nicht gebaut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Auch hier muss der Bund liefern. Ich bin massiv dran am Bund, damit auch die KWK-Situation verbessert wird und über 2024/2025 hinaus – mindestens bis 2030 – Planungssicherheit besteht. Die Rahmenbedingungen sind so zu verbessern, dass die Kraft-Wärme-Koppelung breite Anwendung findet. Dann hätten wir im Prinzip unsere Gaskraft im Süden, ob es drei große Gaskraftwerke, 300 kleinere oder 3.000 sehr kleine wären. Der Grundsatz lautet: Je kleiner und dezentraler, desto besser. Aber es muss etwas kommen. Ich wiederhole meinen großen Appell an die CSU und die SPD im Bund: Liefert uns hier ordentliche Rahmenbedingungen, damit die Energiewende in Bayern überhaupt gelingen kann!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir sind dennoch der Überzeugung, dass wir im Energiebereich in Bayern einiges tun können. Ich sage wieder an die Adresse von Rot-Grün: Anstatt immer mehr Wälder quasi stillzulegen und das Holz verfaulen zu lassen, sollten wir die thermischen Kapazitäten des Energieträgers Holz deutlich ausweiten. Wir haben die Richtlinie BioKlima, um die Hackschnitzeltechnik wieder ins Spiel zu bringen. Wir wollen deutlich mehr Pellet- und Brennholzheizungen. Bayern ist Holzland. Wir wären vom Affen gebissen, wenn wir bei uns alles stilllegten und verfaulen ließen, aber gleichzeitig hoffen würden, dass von außen der Braunkohlestrom kommt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir sind in Bayern dran, unsere gute Substanz zu stärken. Das ist der Mittelstand, das sind die exportorientierten Großkonzerne. Jawohl, wir müssen sie alle mitnehmen. Ich danke in diesem Zusammenhang auch allen Verbänden aus dem Bereich des Mittelstandes – seien es die IHKs, seien es die Handwerkskammern und viele mehr –, die uns helfen, das Handwerk in Bayern noch stärker aufzustellen. Dort entscheidet Innovation über die Zukunft. Ich will meine heutige Rede gern unter die Überschrift stellen: Substanzerhalt und Substanzausbau durch Innovation! Jawohl, wir sind schon gut,

aber wir sind nicht überall an der Spitze, und wir verlieren Spitzenpositionen, wenn wir nicht noch besser werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

In der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz sehe ich ganz eindeutig die Schlüssel für Zukunftsprojekte. Ich bin immer wieder über das Handwerk erstaunt, wenn ich draußen unterwegs bin und 60- oder 65-jährige Handwerksmeister treffe, die mir von künstlicher Intelligenz, Blockchain und Digitalisierung vorschwärmen. Die sind vorne mit dabei, die sind unterwegs. Auch die Start-ups sind unterwegs. Dazu werde ich auch noch ein paar Sätze sagen. Digitalisierung und künstliche Intelligenz sind in der Breite der Wirtschaft angekommen. Wir tun alles, was wir dazu tun können. Wir haben den Digitalbonus. Wir setzen auf sieben neue digitale Gründerzentren. Wir setzen auf Technologie und Förderzentren. Wir setzen auf Forschung im Bereich von künstlicher Intelligenz und Blockchain.

Danke an den Ministerpräsidenten dafür, dass wir das Thema Digitalisierung im Rahmen eines Kabinettsbeschlusses neu aufsetzen konnten. Wir wollen uns von internationalen Partnern evaluieren und nach vorne bringen lassen. Bayern muss noch mehr KI- und Digitalisierungsstandort werden als bisher. Das muss für die großen Unternehmen genauso wie für die kleinen Betriebe und das Handwerk gelten. Tourismusbetriebe müssen online gebucht werden können. Die gesamte bayerische Wirtschaft bis hin zur Landwirtschaft muss davon profitieren können. Da sind wir dran, dafür stellen wir die Weichen.

Vor wenigen Tagen war ich in München im WERK1 bei den Start-up-Teams. Hier wird immer gesagt, der Aiwanger wäre nur in Wirtshäusern unterwegs. Nein, ich saß auch mit den jungen Leuten zusammen auf dem Sofa. Wir haben uns über Unternehmensgründungen unterhalten. Ich bin da und dort zugleich, nicht entweder da oder dort, sondern überall.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe dort von den jungen Leuten vor allem eine Botschaft bekommen: Gebt uns endlich Flexibilität. Die jungen Leute haben es überhaupt nicht verstanden, dass wir mit Arbeitsmarktregularien aus dem vorletzten Jahrhundert agieren. Wenn heute wieder eine Debatte über die Stechuhr losgeht, appelliere ich ganz stark an die SPD: Nutzt in Berlin die Chancen, die uns die EU mit der Arbeitszeitregelung gibt, und gebt nicht nur den Gastwirten, sondern auch den jungen Start-up-Leuten die Flexibilität. Jedes Unternehmen ruft heute nach Flexibilität. Ihre alte Kamelle, dass nach sieben-einhalb Stunden der Hammer fallen muss und wir alle heimgehen müssen, passt nicht immer.

(Widerspruch des Abgeordneten Florian Ritter (SPD))

Die jungen Leute wollen heute auch einmal zwölf Stunden arbeiten und am nächsten Tag frei nehmen oder in Urlaub gehen dürfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie wollen nicht wie vor hundert Jahren von Vater Staat vorgegeben bekommen, dass sie nur genau acht Stunden arbeiten dürfen und dass dann der Zoll kommt, der die Bedienungen im Wirtshaus kontrolliert. So viele Wirtshausprogramme kann ich gar nicht auflegen, um das zu retten, was die SPD mit ihrem starren Festhalten an alten Regularien kaputt macht.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind ein Wirtschaftsminister der Arbeitgeber und nicht der Arbeitnehmer! Einen Wirtschaftsminister nur der Arbeitgeber, das haben wir gerade noch gebraucht!)

Gebt der Wirtschaft diese Luft, die sie braucht, um die Potenziale ausschöpfen zu können. Nachdem ich schon bei den Gaststätten bin, nutze ich die Chance und sage: Ich sehe im Tourismus eine Schlüsselbranche und eine Wachstumsbranche der Zukunft.

(Volkmar Halbleib (SPD): Arbeitsschutz ist für Sie kein Begriff!)

Wenn wir im Tourismus im Jahr 5 % Wachstum haben, während wir bei anderen Branchen momentan hoffen, dass es nicht zurückgeht, müssen wir beim Tourismus die Handbremse lösen, damit unsere Wirte, unser Tourismusgewerbe und unsere Übernachtungsbetriebe und damit Bayern insgesamt die Schönheit der Landschaft in Geld umsetzen und auch international daran noch mehr verdienen können. Denjenigen, die viel ins Ausland in Urlaub fahren, sage ich: Bleibt heuer einmal zu Hause, macht Urlaub zu Hause. Das ist klimafreundlich und nutzt unseren Wirten und der Tourismusbranche.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Noch einmal: Wir arbeiten an energiepolitischen Lösungen. Wir tun, was wir tun können. Vieles muss der Bund verbessern. Wir machen über alle Bereiche hinweg Innovationen. Das liegt federführend in der Zuständigkeit meines Ministeriums, aber auch in der Zuständigkeit des neuen Digitalisierungsministeriums und der anderen Ministerien. Wir müssen dieses Potenzial heben. Wir sind mit den Zukunftstechniken unterwegs. Wir sehen auch, wo die Märkte von morgen sind.

Der Ministerpräsident war kürzlich mit einer Delegation in Afrika. Ich bin davon überzeugt, dass Afrika, vor allem Nordafrika als erste Bastion und später auch weiter der Süden, einer der Wirtschaftsräume der Zukunft sein wird, wo wir mit der Wirtschaft auf ganze Regionen stabilisierend einwirken können. Wir werden in der nächsten Zeit noch mehr den Blick auf Afrika richten.

Wir sagen aber auch ganz klar: Der Osten muss wirtschaftlich gut angebunden werden. Ich sage es an der Stelle auch: Wir werden weiterhin Gas aus Russland brauchen. Ich bin auch dafür, dass wir die Nord-Stream-2-Leitung fertigbauen, wenn sie schon halb fertig ist. Wir sollten nicht nur auf amerikanisches Fracking-Gas hoffen, sondern auch das Gas aus Russland mitnehmen. Wir brauchen es, um unsere Energieversorgung sicher aufstellen zu können.

Wir haben darüber hinaus Konzepte für die Vernetzung der Wirtschaft. Wir haben es am Montag in Augsburg bewiesen. Danke an den Ministerpräsidenten und an die CSU dafür, dass wir so schnell zu einer Lösung kommen konnten. Danke auch an Bernhard Pohl und Fabian Mehring als Abgeordnete vor Ort, die dieses Thema eingebracht und den Kontakt zur dortigen Wirtschaft hergestellt haben, um eine Karbonstrategie, eine Leichtbaustrategie zu realisieren und die Betriebe miteinander zu vernetzen. Das Vernetzen, das gemeinsame Denken und Arbeiten, ist ein Markenzeichen meiner Politik, auch wenn andere meinen, es sei nicht so. Ich habe den Energiegipfel einberufen, an dem von den Trassengegnern bis hin zur Großindustrie alle teilgenommen haben. Ich habe den Flächenspargipfel einberufen, an dem vom Umweltverband bis zur Industrie alle teilgenommen haben. Ich habe gesagt: Wir brauchen die Fläche. Mein Ziel ist es, weiterhin im Konsens in diesem Land voranzukommen. Wir müssen darauf hinwirken, dass wir eine Spaltung der Gesellschaft und ständige Verunsicherungen vermeiden, denn Kapital und Investitionen sind ein scheues Reh.

Wenn dann auf Bundesebene oder wo auch immer Enteignungsdebatten ausgelöst werden, die die Leute verunsichern, überlegt sich so mancher, ob er noch in Deutschland investieren soll. Wenn irgendwelche Grünschnäbel von den Roten sagen, sie würden in Kürze über die Enteignung von Großkonzernen nachdenken, dann sagen die Unternehmer doch: Wenn die demnächst in einer rot-rot-grünen Regierung mehr zu sagen haben, machen sie uns den Ofen aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deshalb müssen wir uns davon klar distanzieren. Bitte bestätigen Sie uns, dass diese Meinung nicht mehrheitsfähig ist, sonst sagen uns die Unternehmer: Wenn ich mir überlege, hier oder anderswo zu investieren, dann gehe ich woanders hin.

Genauso überlegt man sich, woanders hinzugehen oder sein Geld woanders anzulegen, wenn die Debatten über Immobilien genauso geführt werden. Wenn den Vermietern immer mehr vorgeschrieben wird, wie viel Miete sie noch verlangen dürfen, wer-

den sie nicht mehr in Immobilien, sondern in Aktien investieren. Wenn wir den Vermietern damit drohen, dass ihnen ihr größeres Mietobjekt irgendwann einmal nicht mehr gehört, weil wir sie steuerlich fertigmachen, werden sie auch woanders investieren. Deshalb auch hier der Appell an die SPD in der Bundesregierung: Schaffen Sie endlich die Erbschaftsteuer ab, damit in Bayern Investitionssicherheit geschaffen wird und damit Kapital und Eigentum in Familienbesitz bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vor wenigen Tagen – ich kann Ihnen die Adresse geben, damit Sie sich mit den Leuten auseinandersetzen können – habe ich mit einer Vermieterin in München gesprochen, die ein Mietshaus in Privatbesitz hat. Sie hat das Haus kürzlich renoviert und jetzt kein Geld mehr, weil sie so viel in die Renovierung gesteckt hat. Jetzt steht der Erbfall an. Wenn die Erben Hunderttausende an Euro Erbschaftsteuer zahlen müssen, dann verkaufen sie dieses Haus an irgendeinen Investmentfonds. Dann gehört das Haus anderen Leuten. Das verursachen Sie mit Ihrer Erbschaftsteuer, an der Sie so knallhart festhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sehen auch die Notwendigkeit, die Autoindustrie gegen Ihre Ideologie zu verteidigen. Die GRÜNEN sagen, bis 2030 soll der Verbrennungsmotor abgeschafft sein. Wenn Sie sagen würden, die fossilen Energien sollten als Energiequelle erledigt sein, dann wäre das eine nachvollziehbare Perspektive. Sie stellen aber nur den Verbrennungsmotor in Frage. Ist Ihnen denn bewusst, dass ich den Verbrennungsmotor im Zweifel auch mit nachwachsenden Rohstoffen, mit Gas oder mit E-Fuels, betreiben kann, während ich andererseits Ihren heiligen Elektromotor mit Braunkohlestrom aus der Lausitz betreiben muss?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn man über das Klima redet, kann man nicht sagen: Die Batterie ist gut, und der Verbrenner ist böse. Man muss sich den Brennstoff anschauen. Im Zweifel kann der Verbrenner mit nachwachsenden Rohstoffen besser sein als die Batterie mit der Braunkohle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mit unserer Autostrategie wollen wir innovationsoffen sein. Wir sichern Arbeitsplätze in Bayern, weil wir das eine tun, ohne das andere zu lassen. Der Autoindustrie heute den Verbrenner wegzunehmen, ist nicht nur ein Schuss ins Knie, sondern ein Schuss in den Kopf und in das Knie zugleich. Das dürfen wir nicht tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich bin der Überzeugung, dass wir auf dem richtigen Weg unterwegs sind. Ich habe noch eine knappe Minute Redezeit. Vielleicht werde ich etwas überziehen.

Im Hinblick auf das Flächensparen müssen wir mit einem kühlen Kopf und Vernunft vorgehen, um nicht so zu enden wie Sie mit dem Volksbegehren "Rettet die Bienen".

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Am Ende will man die Bienen retten und schneidet Obstbäume um, weil es nicht zu Ende gedacht ist. Derzeit laufen Gespräche. Die ersten Gespräche haben schon stattgefunden, weitere werden folgen. Wir müssen mit allen, mit den kommunalen Spitzenverbänden, mit der Bauindustrie, mit den Architekten und Vertretern aus Umwelt und Wirtschaft reden, um das Ziel zu erreichen. Wir müssen von dem hohen Flächenverbrauch von 10 bis 12 Hektar täglich in Bayern auf die Hälfte herunterkommen. Wir dürfen aber an dieser Stelle nicht wieder das Kind mit dem Bade ausschütten. Irgendwann kommen wir mit Flächenzertifikaten um die Ecke, die dazu führen, dass kein Haus mehr gebaut werden kann und die Mietpreise um 20 % steigen. Am Ende sagen wir: An diesen Kollateralschaden haben wir nicht gedacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erst denken, dann reden. Den Regionalen Planungsverbänden soll eine Schlüsselrolle im Hinblick auf das Flächensparen und das Flächenmanagement zukommen. Wir sollten die Regionalen Planungsverbände auch personell stärken, damit sie Aufgaben übernehmen und gemeinsam mit den Kommunen sinnvolle Lösungen erarbeiten können. Wenn sich hundert Kommunen in einem Planungsverband zusammenschließen, baut die eine Kommune heuer etwas mehr Wohnungen, dafür macht die andere ein Jahr einmal gar nichts. Eine weitere Kommune muss den Flächenverbrauch aufgrund einer Verkehrsachse aushalten. Wir sollten im regionalen Zusammenhang denken, aber dennoch sensibel und flexibel mit dem Thema umgehen. Wir sollten nicht die einzelne Kommune mit Maßnahmen konfrontieren, die sie nicht umsetzen kann. Wenn wir das Wachstum auf dem Land verhindern, stellen wir nach zwei Jahren fest, dass wir den Wohnungsmarkt kaputt gemacht und die Unternehmen ins Ausland gejagt haben. Am Ende bricht das Ganze zusammen. Wir sollten nicht mit dem Kopf durch die Wand gehen, sondern mitdenken. Das ist auch beim Flächenmanagement dringend notwendig. Wir haben den Plan, wir werden ihn gemeinsam umsetzen. Meine Damen und Herren, wir werden alle mitnehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zusammenfassend steht das unter der Überschrift: Substanzerhalt und Substanzausbau durch Innovation. Bayern hat noch viel Substanz. Wir wollen diese erhalten, wo sie da ist, beispielsweise in der Autoindustrie. Wir wollen diese Substanz nicht verlieren, sondern sie auch in vielen anderen Bereichen wie im Tourismus, im Mittelstand und der Industrie ausbauen. Wir wollen die Energiewende sinnvoll gestalten, damit wir in Bayern möglichst viel selber verdienen und versorgungssicher sind. Wir wollen den Blick aber auch über die Landesgrenzen hinaus richten und andere Länder vor allem im Bereich der Energiepolitik einbinden. Mittlerweile stehe ich mit vielen Bundesländern von Thüringen über Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bis hin zu Niedersachsen in engem Kontakt, um den Bund auf das richtige Gleis zu füh-

ren. In der Wirtschaftspolitik sind wir von Afrika bis Europa unterwegs. Jetzt müssen wir den Brexit noch ordentlich hinbekommen. Mein Ziel ist es allerdings, den Brexit nicht hinzubekommen, sondern zu verhindern. Das ist mein Ziel. Ich sage das ganz klar.

(Unruhe)

Jetzt kann man fragen: Was kann die bayerische Politik an dieser Stelle machen? – Ich war bereits in Schottland und habe mit Politikern und Unternehmern gesprochen. In England wollen wir einen Unternehmerabend durchführen, um die Unternehmer zusammenzuführen. Ich bin im Gespräch mit den Leuten vor Ort. Sie schreien nur dazwischen, sind jedoch nicht dort, wo es brennt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich glaube, damit setzen wir eine richtige Strategie auf und stellen in Europa die richtigen Weichen. Bayern ist übrigens das Land mit den meisten konsularischen Vertretungen. Gestern war ich beim Abend des Konsularischen Korps. Bayern ist in 107 Ländern vertreten – mehr als jedes andere Bundesland. Wir haben unsere Fühler ausgestreckt, und werden das auch weiter tun.

Unterm Strich gesagt: Bayern steht gut da. Wir müssen alles dafür tun, damit es noch besser wird. Ich setze auf Mitarbeit, soweit dies im Rahmen einer konstruktiven Debatte erfolgt. Ich bin der Überzeugung, dass Bayern weiterhin stark sein wird, weil wir vernünftig mit den Menschen reden und ihre Sorgen ernst nehmen. Wir setzen Ziele zeitnah um und verlieren uns nicht in ideologischen Debatten, die die Gesellschaft spalten. Bayern wird vernünftig regiert, und das soll so bleiben.

(Lang anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab mehrere Meldungen für Zwischenbemerkungen. Als Erster hat Herr Kollege Mannes von der AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Staatsminister, ich habe eine Frage zur Energiewende. Sie haben angedeutet, wie die Energiewende aus Ihrer Sicht gelingen könnte. Dazu habe ich zwei Fragen. Ganz konkret: Mit welchem Energiemix wollen Sie in Zukunft Bayern versorgen? Was soll das ganz konkret kosten? – Wenn Sie das kurz ausführen könnten.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Wenn die Kernenergie vom Netz geht, brechen zwei bis fünf Gigawatt weg. Zeitgleich war Bayern immer wieder in einem gewissen Umfang Stromexporteur, in letzter Zeit jedoch weniger. Wir müssen die erneuerbaren Energien so weit ausbauen, wie es die Akzeptanz der Bevölkerung zulässt. Den Rest müssen wir durch mehr eigene Gaskraftwerke in Bayern kompensieren. Die Netze, die schon bestehen, müssen das in den nächsten Jahren abdecken. Ob in sieben bis neun Jahren der SuedLink und der SuedOstLink hinzukommen, werden wir sehen. Das kann ich heute weder deutlich beschleunigen noch verlangsamen.

Der Strommix wird somit aus erneuerbaren Energien, Gaskraftwerken und dem vorhandenen Gasnetz bestehen. Zeitgleich bin ich dabei, eine Wasserstoffstrategie aufzusetzen. Ich habe mir bereits die ersten Akteure an den Tisch geholt. Dazu zählen die chemische Industrie, die Autoindustrie und all diejenigen, die die Technik haben. Außerdem brauchen wir Kommunen, die bereit sind, ihre Flotte mit Wasserstoff-Bussen zu ergänzen. Ich habe auch schon Kontakt zur Bundesebene aufgenommen. Da müssen wir noch einen Anstoß geben. Ich sehe den nächsten Schritt in einer bayerischen und deutschen Wasserstoffstrategie, die sich von unten entwickelt. Wir sollten die Elektromobilität zumindest flankieren. Es ist nicht sinnvoll, dies jetzt in Euros zu fassen. Selbstverständlich kostet alles Geld, aber es handelt sich überwiegend um rentierliche Investitionen. Die reine Herstellung der Versorgungssicherheit nach dem Abschalten der Atomkraftwerke ist ein überschaubarer Prozess. Das beginnt bei mehreren Millionen Euro und geht bis in den unteren Milliardenbereich hinein. Damit ist die

Versorgung sichergestellt, wenn die Atomkraft vom Netz geht. Da hoffe ich, dass die Milliarden nicht nur in die Kohleregionen fließen, sondern auch hierher nach Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zur nächsten Zwischenbemerkung hat der Kollege Martin Stümpfig von den GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Staatsminister Aiwanger, nach Ihrem Schweinsgaulopp durch alle Themen ist allen Bürgerinnen und Bürgern, die das gehört haben, klar:

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): In zwanzig Minuten die Welt erklärt!

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Diese Staatsregierung, Ihr Ressort, hat wirklich kein Konzept im Bereich Wirtschaft oder Energie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage Sie: Wie kann es sein, dass man ein Geothermie-Förderprogramm auslaufen lässt, obwohl das Potenzial in Bayern so groß ist? Wir könnten 20 % der Häuser in Bayern mit Wärme versorgen. Sie lassen dieses Programm auslaufen. Sie kürzen die Fördermittel im Bereich der staatlichen Sanierungen von 25 auf 20 Millionen.

Das 10.000-Häuser-Programm wird gekürzt. Bei der Windkraft gibt es keinerlei Ausbau mehr. Die Kontingente bei der Solarkraft sind ausgeschöpft, aber Sie legen nichts nach. Zu den Leitungen reden Sie mal so und mal so, je nachdem, wo Sie vor Ort sind. Sie haben keinerlei Konzept in der Energiepolitik. Bei unserem Energiekongress am Samstag stand Herr Prof. Schellnhuber an diesem Podium. Er hat klar gesagt: Wir stehen an der Schwelle zur Zerstörung unserer Zivilisation. Wir müssen die CO₂-Emissionen bis 2030 halbieren.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Martin Stümpfig (GRÜNE): Ihre Antwort ist nur: Gas, Gas, Gas! – Das ist keine Lösung. Wir brauchen 100 % erneuerbare Energien,

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, eine Minute ist vorbei!

Martin Stümpfig (GRÜNE): und das fordern wir von Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Es stimmt nicht, dass mein Konzept nur Gas, Gas, Gas ist. Ich habe mehrfach gesagt, dass wir bei den erneuerbaren Energien einiges nachlegen, dass wir ein PV-Speicher und -Dachflächenprogramm auflegen. Wir sind dabei, ein Geothermieprojekt aufzulegen, mit dem wir vor allem die Netzanbindungen ermöglichen. Ich habe meinen Biomasse-Vorstoß vorgestellt, dass wir die Hackschnitzeltechnik unterstützen. Die SPD hat sich über meinen Vorschlag zur Brennholzverwendung lustig gemacht.

Sie wollen die Wälder stilllegen. Wo soll die Energie denn herkommen? Gas, Gas, Gas braucht man, weil in zwei Jahren die Atomkraft vom Netz geht, wofür Sie mitverantwortlich sind.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Es gibt auch noch die Windkraft!)

Ich werfe Ihnen das gar nicht vor, aber wir müssen diese Lücke jetzt schlichtweg zeitnah schließen, und das geht in dieser Schnelligkeit nur mit Gas.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Windkraft!)

– Auch zur Windkraft gebe ich Ihnen eine Antwort, davor habe ich keine Angst. Gehen Sie in den Kommunalwahlkampf, schreien Sie bei den Bürgermeisterwahlen überall,

dass Ihr Bürgermeisterkandidat Windräder aufstellen will, dann werden Sie keine einzige Wahl gewinnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie müssen sehen, dass die Akzeptanz dafür in der Bevölkerung durchwachsen ist. Deshalb arbeite ich an einem Modell unter dem Schirm von 10 H. Das steht nun einmal im Koalitionsvertrag. Wir haben nicht die absolute Mehrheit – Sie haben sie auch nicht –, also muss man sich mit den Mehrheitsverhältnissen und mit der Stimmung draußen arrangieren. Ich bekomme täglich mehr Briefe von Leuten, die vor Vögel schreddernden und Insekten vernichtenden Windrädern warnen,

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo!)

als von Leuten, die schreiben: Aiwanger, hilf mir, ein Windrad zu errichten. – Ich will hier also einen Weg finden, wie wir im Konsens mit den Kommunen und mit Bürgerenergiegenossenschaften Windräder errichten.

(Unruhe)

Wenn Sie vor Ort aber einen Bürgeraufstand haben, wird das eben nicht durchsetzbar sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Florian Ritter von der SPD.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister, Sie haben gesagt, wir, die SPD, würden zu Arbeitszeitkonzepten von vor 100 Jahren zurückkehren wollen. Dazu sage ich Ihnen mal eines – das sollten Sie als bayerischer Minister eigentlich wissen –: Vor 100 Jahren hat der Bayerische Landtag nach Gründung des Freistaats auf Initiative der SPD den Acht-Stunden-Tag eingeführt und ein Arbeitsschutzgesetz beschlossen.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Das sage ich doch.

Florian Ritter (SPD): Dass wir das erhalten wollen, ist völlig klar. Sie wollen mit Ihren Konzepten in eine Zeit noch deutlich vor 1900 zurück. Das ist mit uns weder im Bund noch in Bayern zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Was passiert, wenn der Arbeitsschutz nicht mehr funktioniert – und da wollen Sie wieder hin –, können Sie sehr deutlich in der Paketbranche beobachten. Wir werden im Bund einiges dafür tun, damit das demnächst nicht mehr so sein wird, sondern dass auch da der Arbeitsschutz wieder funktioniert.

Sie bezeichnen sich selbst als Familienkoalition.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Florian Ritter (SPD): Als eine Familienkoalition sollten Sie die Basis für die Familien erhalten. Die Basis für die Familien sind Zeit und Zeitsouveränität.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, zum Thema Zeit: Die Zeit ist um!

Florian Ritter (SPD): Solange Sie mit diesen Positionen durch die Gegend laufen, untergraben Sie die Basis für funktionierendes Familienleben in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Also, zum Thema Arbeitszeit, Arbeitszeitflexibilisierung und Familien ein paar Eckdaten – danke dafür, dass ich dazu noch Zeit habe; in den zwanzig Minuten war das nicht unterzubringen:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist keine Frage, dass ein Industriearbeiter zu der Zeit, als dieses Gesetz erlassen wurde, selbstverständlich froh war, wenn er nach acht Stunden weg war vom heißen Hochofen oder von der Werkbank, an der er acht Stunden lang mit dem Hammer auf ein Stück Eisen schlagen musste, und dergleichen mehr.

Es will auch keiner, dass Leute aus diesen Berufsgruppen zwölf Stunden stehen. Aber für die Angehörigen anderer Berufsgruppen, die jetzt immer mehr werden – das sind junge Leute in Start-ups, das ist der Mittelstand, das ist der Gastronom, das ist der Handwerker – sollte das möglich sein. Sie arbeiten nie nur acht Stunden. Auch ich in der Landwirtschaft habe nie nur acht Stunden gearbeitet. In arbeitsintensiven Zeiten haben wir mittags schon die acht Stunden voll, und da hat der Tag erst begonnen, weil abends die Ernte in der Scheune sein muss, weil ein Gewitter aufzieht. Genau diese Flexibilisierung brauchen wir.

Ihr Einheitsschnitt, Ihr Haferlschnitt für alle, vom Industriearbeiter bis zum Landwirt, hat genau dorthin geführt, wo diese Länder gelandet sind, die den Einheitsarbeitstag für alle haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In der ehemaligen DDR

(Florian Ritter (SPD): Wir sind in der Bundesrepublik Deutschland!)

hat man nachmittags die Schaufel oder die Sense zur Seite gelegt, dann ist das Gewitter losgebrochen, und die Ernte war erledigt.

Ein Gastwirt, bei dem die Hochzeit um 9 Uhr vormittags beginnt, hat nach dem halben Nachmittag seine acht Stunden voll, aber dann beginnt die Hochzeitsparty erst richtig. Sagen Sie den Gästen um 15 Uhr, der Wirt und die Wirtin gehen heim, die Gäste können weiterfeiern, aber die Bedienung ist nicht mehr da, weil es die Arbeitszeitverord-

nung verbietet, sie länger zu beschäftigen? Das ist Ihr sozialistisches Modell. Davon ist Ihr Juso-Vorsitzender gar nicht so weit weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Deshalb brauchen wir diese Flexibilisierung, die natürlich dort genügend Arbeitnehmerschutz bringt, wo man nach acht Stunden Arbeit wirklich belastet genug ist, um berechtigterweise nach Hause zu gehen. Wer aber länger arbeiten will oder muss, der soll das tun können. Das verhindern Sie.

Übertragen auf die Familien bedeutet das: Natürlich wollen wir Familien erhalten. Aber um eine Familie zu erhalten, muss auch das Einkommen erwirtschaftet werden können, muss auch das Geld da sein, damit die Familie als solche existieren kann. Man sollte nicht sagen: Die dürfen nicht länger arbeiten, selbst wenn sie das wollen. – Im freiberuflichen, im mittelständischen Bereich ist das wichtig.

Jetzt noch ein letzter Satz zum Thema Sonntagsöffnung und dergleichen mehr: Ich bin der Überzeugung, dass wir nicht an noch mehr Sonntagen arbeiten lassen müssen. Wir brauchen aber Rechtssicherheit, wenn Kommunen mit den Marktleuten vor Ort einen verkaufsoffenen Sonntag haben wollen, um den Einzelhandel zu stärken, weil ihnen sonst der Internethandel die Marktanteile wegnimmt. Wir wollen nicht jeden Sonntag geöffnet haben, aber Rechtssicherheit im Rahmen schon bestehender Regelungen, damit nicht jeder angekündigte Marktsonntag am Ende von Ver.di weggeklagt wird und am Ende die Gemeinde sagt: Dann lassen wir es bleiben, dann soll halt der innerörtliche Handel sterben, dann wird eben die Bedienung arbeitslos, und wir kaufen von China über den Versandhändler. – Das ist doch das Ergebnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich glaube, dass wir auch hier kleine Strukturen und Familienarbeitsplätze nur mit der nötigen Rechtssicherheit, mit der nötigen Flexibilität und nicht mit irgendwelchen Vorgaben von anno dazumal erhalten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Zur letzten Intervention, die ich gesehen habe, hat nun Herr Skutella von der FDP das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister Aiwanger, Sie haben mehrfach betont, dass Sie gegen Spaltung und Verunsicherung der Gesellschaft sind. Das ist begrüßenswert. Wie erklären Sie uns aber dann, dass besonders in der Oberpfalz und in Oberfranken Ihre Parteifreunde massiv und emotional Stimmung gegen die Stromtrassen machen? Sie haben selber erklärt, dass der SuedLink und der SuedOstLink kommen werden, wahrscheinlich, oder auch nicht. Ich würde mir schon eine konkrete Aussage von Ihnen wünschen.

Sie haben auch mal – das stand in der Zeitung – gesagt, dass die Leitungen kommen werden; aber Sie wünschen sich, dass weniger Strom durchgeleitet wird. Jetzt frage ich Sie: Fällt der Einschnitt für Mensch und Natur infolge der Stromleitungen geringer aus, wenn weniger Strom durchgeleitet wird, oder ist er dann gleich groß, wie wenn normal ausgebaut wird? Ich bin etwas ratlos.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Wer vor Ort der Bösewicht ist und gegen die Trassen kämpft, hängt von der Region ab, nicht von der Parteizugehörigkeit. Dort, wo Trassen durchgebaut werden, sind selbst die Ortsverbände der GRÜNEN dagegen. Von dort bekomme ich Briefe der Landräte und der Bundestagsabgeordneten der CSU. Natürlich gibt es dort auch FREIE WÄHLER, die sagen: Wir wollen diese Trasse durch unsere Heimat verhindern, weil der Eingriff sehr bedeutsam ist. Er bringt Nachteile für künftige Planungen; die Kommunen können dort nicht mehr andere Projekte errichten und dergleichen mehr. Dort, wo nach den Planungen Leitungen durchführen sollen, sind ziemlich alle Parteien dage-

gen. Je weiter weg Sie gehen, umso mehr sind wieder die einen dafür, die anderen dagegen.

Aber wir müssen schon die Betroffenheit der Menschen vor Ort sehen. Jawohl, solche Leitungen sind mit einem massiven Eingriff in den Boden verbunden. Für Landwirte sind die Flächen an den betreffenden Stellen teilweise nicht mehr ordentlich nutzbar, sie trocknen aus. Durch den Wald – liebe GRÜNE, hört bitte zu – muss ein mindestens zwanzig Meter breiter baumfreier Streifen führen. Dort müssen Bäume sterben. Das ist nicht nur wegen der Braunkohle in Gebieten wie dem Hambacher Forst der Fall, sondern Bäume müssen auch für die Trasse sterben. Das hat dann zwei Seiten.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Dem Baum ist es wurscht, warum er gefällt wird. Er muss dort verschwinden. Das heißt also: Diese Trassen sind kein Fingerschnippen. Auch alle anderen Länder, mit denen ich in Kontakt bin, von Thüringen über Hessen bis hin zu Baden-Württemberg, sagen: Wenn sie nicht bei uns sein müssen, ist uns das lieber. Schauen wir, dass wir sie möglichst schonend hinbekommen.

Noch einmal: Gebaut werden sie in sieben bis acht Jahren. Vielleicht gibt es bis dahin andere Entwicklungen. 2010 wurde die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken beschlossen; ein halbes Jahr später wurde wegen Fukushima der Atomausstieg beschlossen. Genauso würde ich heute aufgrund der Revolution im Energiebereich – ich denke daran, was alles kommt, von Blockchain über Digitalisierung, Prosumer-Gedanken und dergleichen mehr bis zur Wasserstoffstrategie – nicht Haus und Hof darauf verwetten, dass diese Leitungen in sieben Jahren wirklich gebaut werden. Das wird die nächste Politikergeneration in Berlin entscheiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Deshalb ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, hier der Einzelplan 07, sowie die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1102 mit 18/1117, 18/1165 und 18/1166, 18/1279 mit 18/1287, 18/1386, 18/1396 mit 18/1405 sowie 18/1416 mit 18/1429 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1770.

Vorab ist über zwei Änderungsanträge der SPD-Fraktion, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, und über drei Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form abzustimmen. Wir führen zuerst die namentlichen Abstimmungen und dann die einfachen Abstimmungen durch.

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Digitalbonus" auf Drucksache 18/1280 abstimmen. Für die Stimmabgabe stehen die Urnen an den bekannten Plätzen bereit. Ich eröffne die Stimmabgabe. Wir haben fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 11:13 bis 11:18 Uhr)

Die Stimmabgabe zu diesem Tagesordnungspunkt ist abgeschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die nächste Stimmabgabe erfolgt über den Änderungsantrag der SPD betreffend "Zuschüsse für die Erstellung von kommunalen Energienutzungsplänen" auf Drucksache 18/1286. Die Urnen stehen wieder bereit. Sie haben dieses Mal drei Minuten für die Stimmabgabe. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 11:19 bis 11:22 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Ich bitte Sie, sich wieder auf die Plätze zu begeben, weil wir jetzt eine ganze Reihe von einfachen Abstimmungen durchführen müssen.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der AfD-Fraktion auf den Drucksachen 18/1419, 18/1425 und 18/1427 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt alle drei Anträge zur Ablehnung.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag betreffend "Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen" auf Drucksache 18/1419. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das ist das gesamte Haus. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 18/1425 betreffend "Förderung des Tourismus: Erhöhung der Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände". Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist das gesamte restliche Haus. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt ist noch über den Änderungsantrag auf Drucksache 18/1427 betreffend "Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz" abzustimmen. Wer auch hier entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das ist das gesamte restliche Haus. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Die Sitzung wird bis zum Vorliegen der Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen kurz unterbrochen.

(Unterbrechung von 11:24 bis 11:28 Uhr)

Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Digitalbonus" auf Drucksache 18/1280. Mit Ja haben 75, mit Nein 106 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/1286 betreffend "Zuschüsse für die Erstellung von kommunalen Energienutzungsplänen" bekannt. Mit Ja haben 44, mit Nein 119 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 7 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1770 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 07 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der Abgeordnete Plenik (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der AfD und der SPD. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der Einzelplan 07 angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der Herr Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 07 abgeschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/1770, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1386 und 18/1396 mit 18/1405 ihre Erledigung gefunden haben.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Digitalbonus (Kap. 07 03 Tit. 683 01) (Drucksache 18/1280)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adjei Benjamin	X			Fehlner Martina			
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert		X		Flierl Alexander		X	
Arnold Horst				Flisek Christian			
Aures Inge				Franke Anne	X		
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick	X		
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried							
Bayerbach Markus	X			Ganserer Markus (Tessa)			
Becher Johannes	X			Gehring Thomas	X		
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten		X	
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian	X			Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X						
Busch Michael	X			Häusler Johann		X	
				Hagen Martin	X		
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne	X			Halbleib Volkmar			
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Hartmann Ludwig	X		
Demirel Gülseren	X			Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert	X			Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim		X	
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang			
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra	X		
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald			
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus		X	
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	75	106	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Zuschüsse für die Erstellung von kommunalen Energienutzungsplänen (Kap. 07 05 Tit. 683 77) (Drucksache 18/1286)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adjei Benjamin	X			Fehlner Martina			
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias			X
Aiwanger Hubert		X		Flierl Alexander		X	
Arnold Horst				Flisek Christian			
Aures Inge				Franke Anne	X		
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick	X		
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried							
Bayerbach Markus		X		Ganserer Markus (Tessa)			
Becher Johannes	X			Gehring Thomas	X		
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian	X			Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus							
Busch Michael	X			Häusler Johann		X	
				Hagen Martin			
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne		X		Halbleib Volkmar			
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Hartmann Ludwig	X		
Demirel Gülseren	X			Hauber Wolfgang			
Dorow Alex		X		Haubrich Christina			
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert			X	Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim		X	
Ebner-Steiner Katrin				Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang			
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald			
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus		X	
Sowa Ursula			
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	44	119	7

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 9

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07

- | | |
|--|--|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung von Luft- und Raumfahrttechnologien
(Kap. 07 03 Tit. 683 65)
Drs. 18/1102</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine Kürzung bei der Zuwendung für das ZAE Bayern e.V.
(Kap. 07 03 Tit. 686 60)
Drs. 18/1103</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen zur Förderung des Tourismus einschließlich Saisonverlängerung
(Kap. 07 04 TG 78– 79 neuer Tit.)
Drs. 18/1104</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionsförderung Tourismus
(Kap. 07 04 Tit. 892 78)
Drs. 18/1105</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung von Gaststätten
(Kap. 07 04 Tit. 892 79)
Drs. 18/1106</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;</p> | <p>hier: Zuschüsse zum Ausbau und Modernisierung der Seilbahnen
(Kap. 07 04 Tit. 893 78)
Drs. 18/1107</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
(Kap. 07 05 Tit. 686 75 und 893 75)
Drs. 18/1108</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Austausch von alten Haushaltsgeräten für einkommensschwache Haushalte
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1109</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Kommunale Klimaschutzmanagerinnen und -manager
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1110</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Energieagenturen in allen Landkreisen
(Kap 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1111</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Energiesystem der Zukunft
(Kap. 07 05 neuer Tit.)</p> |
|--|--|

- Drs. 18/1112
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Nahwärmenetze und Sanierungsfahrpläne
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1113
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Kommunale Flächenmanagerinnen und -manager
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1114
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Flächenmanagement: Interaktives Angebot für Kommunen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1115
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unterstützung der Regionalen Planungsverbände
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1116
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Forschung zu Indikatoren für gleichwertige Lebensbedingungen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1117
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Neue Planstellen für die Einrichtung von Servicestellen beim Staatsministerium und den Regierungen zur Unterstützung von Selbstständigen und Kleinstbetrieben
(Kap. 07 01 Tit. 422 01 und Kap. 07 10 Tit. 422 01)
Drs. 18/1416
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kürzung der Ausgaben für Veröffentlichungen
(Kap. 07 01 Tit. 531 21)
Drs. 18/1417
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Durchführung des Förderprogramms „Elektromobilität“ und innovative Antriebstechnologien für mobile Anwendungen
(Kap. 07 03 Tit. 683 63 und 893 63)
Drs. 18/1418
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen
(Kap. 07 03 Tit. 683 64)
Drs. 18/1419
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Zuwendungen an das Institut für Meteorologie und Klimaforschung (KIT IMK IFU – früher: Institut für Atmosphärische Umweltforschung IFU) in Garmisch-Partenkirchen
(Kap. 07 03 Tit. 686 74)
Drs. 18/1420
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
(Kap. 07 03 Tit. 892 98)
Drs. 18/1421
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Tourismusoffensive: Zuschüsse zur Förderung des bayerischen Tourismus
(Kap. 07 04 Tit. 686 78)
Drs. 18/1422
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sonderprogramm Dorfwirtschaften
(Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 18/1423

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des Mobilfunkausbaus
(Kap. 07 04 Tit. 883 73)
Drs. 18/1424
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des Tourismus: Erhöhung der Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 18/1425
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Einmalzinszuschüsse an die LfA Förderbank Bayern zur Ausreichung von zinsgünstigen Darlehen im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms und zur Finanzierung von sonstigen im staatlichen Interesse gelegenen besonders förderungswürdigen Maßnahmen
(Kap. 07 04 TG 891 01)
Drs. 18/1426
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
(Kap. 07 05 Tit. 686 75)
Drs. 18/1427
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen für Maßnahmen der Energiewende
(Kap. 07 05 Tit. 892 77)
Drs. 18/1428
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Investitionen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms
(Kap. 07 05 Tit. 892 75)
Drs. 18/1429
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Forschung und Entwicklung im Landkreis Wunsiedel stärken: Förderung des Europäischen Zentrums für Dispersionstechnologien (EZD) in Selb
(Kap. 07 03 Tit. 686 60 und 893 60)
Drs. 18/1279
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Digitalbonus
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)
Drs. 18/1280
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des Süddeutschen Kunststoffzentrums (SKZ) in Würzburg und des Zentrums für Telematik e. V. (ZfT) in Würzburg
(Kap. 07 03 Tit. 686 60 und 893 60)
Drs. 18/1281
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schnelles Internet für Regionalverkehrszüge in Bayern
(Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 18/1282

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Initiative Mobilfunk: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Umwidmung der Haushaltsmittel in einen neuen Tit.
(Kap. 07 04 Tit. 883 73)
Drs. 18/1283
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss zur Förderung der wohnortnahen Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs
(Kap. 07 04 neue TG)
Drs. 18/1284
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Änderung des Alpenplans: Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
(Kap. 07 05 Tit. 547 79)
Drs. 18/1285
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für die Erstellung von kommunalen Energienutzungsplänen
(Kap. 07 05 Tit. 683 77)
Drs. 18/1286
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Investitionen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms
(Kap. 07 05 Tit. 892 75)
Drs. 18/1287
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Digitalbonus
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)
Drs. 18/1165
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung von Gastwirtschaften
(Kap. 07 04 Tit. 892 79)
Drs. 18/1166